

PETER HACKS

MARXISTISCHE  
HINSICHTEN

*Politische Schriften 1955–2003*

Herausgegeben  
von Heinz Hamm  
im Auftrag  
der Peter-Hacks-Gesellschaft

Eulenspiegel Verlag

Sämtliche Inhalte dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt.  
Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz  
noch auszugsweise kopiert, verändert, vervielfältigt  
oder veröffentlicht werden.

Lektorat: Felix Bartels  
Register: Felix Bartels und Johannes Oehme

ISBN 978-3-359-01329-7

© 2018 Eulenspiegel Verlag, Berlin  
Umschlaggestaltung: Verlag

Die Bücher des Eulenspiegel Verlags  
erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe.

[www.eulenspiegel.com](http://www.eulenspiegel.com)

## INHALT

<i>Zu dieser Ausgabe</i> .....	9
<i>Einleitung</i> .....	13
Naturgeschichte der Maske oder Drei Variationen zum Thema des deutschen Elends (1960) .....	61
Hamburger Streitgespräch deutscher Autoren aus Ost und West (1961) .....	65
August 1961 .....	77
Zum Fall Globke (1961) .....	81
Äußerungen zum Angriffskrieg gegen Vietnam (1965) ...	82
Die Fragen des Wechselbalgs (1966) .....	86
Meine Meinung über die SPD (1966) .....	90
Das Poetische. Vorwort (1966) .....	92
Fragen im Titel und sieben weitere (1968) .....	94
Berichtigung (1970) .....	100
Kunst und Revolution (1971) .....	104
Interview durch Mitarbeiter der Leipziger Theaterhochschule (1974) .....	106
Auskünfte über Amerika (1975) .....	116
Der Fortschritt in der Kunst / Glossen zur Untersuchung (1976) .....	122
Berlinische Dramaturgie. Über Becketts »Warten auf Godot« (1976) .....	128
Neues von Biermann (1976) .....	144
Berlinische Dramaturgie. Über sozialistischen Realismus heute (1978) .....	149
»Jona«. Beiwerk und Hintersinn (1987) .....	156
Schöne Wirtschaft (1987) .....	167
Linke Arbeiter (1988) .....	175
Die kleinen Männer mit den Kugelköpfen (1988) .....	179

Brief an eine Dame in Paris über einen Ort namens Deutschland (1989) .....	181
Leserbrief zu Hermann L. Gremliza: »Behüt' dich Gott« (1989) .....	183
Die wissenschaftliche Gesellschaft und ihr Herr Nachbar (1989) .....	184
Hermann der Deutsche (1990) .....	200
Der internationale Opportunismus in deutschen Reimen (1990) .....	203
Unter den Medien schweigen die Musen (1989/90) .....	219
Die Schwärze der Welt im Eingang des Tunnels (1990) ...	242
Brief an André Müller sen. vom 27. Oktober 1990 .....	268
»Ich bin an Freiheit absolut uninteressiert«. Gespräch mit Frank Tichy (1992) .....	270
Gespräch mit <i>konkret</i> aus Anlaß des 100. Geburtstags von Bertolt Brecht und des 150. Geburtstags des »Kommunistischen Manifests« (1998) .....	308
An meine Kollegen (1999) .....	311
Goethes Schuld (1999) .....	313
Zur Romantik. Miniaturen und Miszellaneen (1999) ....	318
Die Namen der Linken (2000) .....	322
Georg Nostradamus oder Professor Fülberths Vorhersage (2000) .....	326
Brief an Klaus Steiniger vom 28. Dezember 2000 .....	340
»Egon Krenz – Herbst 89« (2001) .....	344
Auseinandersetzung an der Klagemauer (2001) .....	358
Prediction (2001) .....	360
Linke Kunst (2001) .....	361
Ich bin tief verletzt (2002) .....	362
Über Noll, für Noll (2002) .....	363
Am Ende verstehen sie es. Gespräch mit der <i>jungen Welt</i> (2003) .....	366
Brief an Johannes Oehme vom 25. März 2003 .....	376

## Aus dem Nachlaß

Analyse vom 13. Oktober 1989 .....	381
Analyse vom 28. Oktober 1989 .....	382
Undatiertes Notat .....	383
Notate aus den Jahren 1989, 1990 und 1991 .....	384
Gespräch mit Werner Eberlein am 8. Dezember 1994 ....	417
Gespräch mit Gerhard Schürer am 10. Januar 1995 .....	420
Gespräch mit Alfred Neumann am 11. Januar 1995 .....	422
Konspekt zu Günter Mittag: Konsequenz auf dem Kurs der Hauptaufgabe (1986) .....	425
Konspekt zu Günter Mittag: Um jeden Preis (1991) .....	429
Konspekt zu Eberhard Czichon / Heinz Marohn: Das Geschenk (1999) .....	433
Niederschriften zugehörig einem Projekt mit dem Titel »Marxistische Hinsichten« .....	438
<i>Siglen</i> .....	489
<i>Kommentar</i> .....	491
<i>Register</i> .....	595

## ZU DIESER AUSGABE

Die erste Ausgabe politischer Schriften von Peter Hacks erschien 2005 im Eulenspiegel Verlag. Sie trug den Titel »Am Ende verstehen sie es« und wurde herausgegeben von André Thiele und Johannes Oehme. Die darin enthaltenen Schriften fallen in den Zeitraum 1988 bis 2003. Hans Heinz Holz, der ein Vorwort schrieb, fand den Untertitel »mißverständlich«; denn »Hacks' gesamtes Œuvre ist politisch«. Auch seien »einige dieser Aufsätze doch ebensosehr literarisch« wie politisch. Die Herausgeber haben zu Recht am Untertitel »Politische Schriften« festgehalten.

Peter Hacks ist zuallererst ein großer Dichter; seine Lebensleistung sind Kunstwerke von hohem ästhetischen Rang. Er war aber auch ein scharfsinniger Theoretiker. Wie sein großes Vorbild Goethe erachtet er es für sinnvoll und notwendig, auch Textformen zu nutzen, die keinen Kunstwerkcharakter haben. Und diese Formen sind von äußerster Vielfalt: Sie reichen von der kurzen Stellungnahme bis zum umfangreichen, anspruchsvollen Essay. Hacks antwortet auf Umfragen, beteiligt sich an Diskussionsrunden und Gesprächen, hält Reden, schreibt Leserbriefe, stellt sich für lange Interviews zur Verfügung und schreibt aus eigenem Antrieb Essays zu Gegenständen, die ihm am Herz liegen. All diese Texte unterschiedlichen Formats haben natürlich nicht das Gewicht seiner Dramen, Gedichte und Erzählungen. Gleichwohl wäre es falsch, sie als Nebensächlichkeiten abzutun. Sie sind ein eigenständiger Bereich des Schaffens und verdienen eine eigenständige Betrachtung. Deshalb scheint es gerechtfertigt, Texte ohne Werkcharakter, die eine politische Haltung bezeugen und nicht vordringlich ästhetische Themen behandeln, unter einem Titel »Politische Schriften« zu versammeln und gesondert zugänglich zu machen. Für das Verständnis der Dichtung, das die Hauptsache bleibt, kann die Sammlung Hilfe leisten.

Die neue Ausgabe stellt sich das Ziel, das politische Denken von Peter Hacks für die gesamte Zeit in der DDR zu dokumentieren. Für den Zeitraum 1988 bis 2003 übernimmt sie weitgehend die Auswahl ihrer Vorgängerin. Der Briefwechsel mit Kurt Gossweiler wird nicht übernommen, weil er in den Bereich der Brief-Editionen gehört. Hinzu kommen Arbeiten aus den Jahren 1960 bis 1989. Darunter befinden sich Schlüsseltexte wie die Antworten auf »Fragen im Titel und sieben weitere«, Anfang 1968 gestellt vom westdeutschen Publizisten Hans Dollinger, das seinerzeit nicht veröffentlichte große Interview durch Mitarbeiter der Leipziger Theaterhochschule vom 19. April 1974 und der in seiner zentralen Botschaft selten verstandene Aufsatz »Neues von Biermann« vom November 1976. Noch in der DDR erscheinen, »Schöne Wirtschaft« betitelt, »Ästhetisch-ökonomische Fragmente«, in denen sich Hacks auch mit einigen Irrtümern bei Marx und Engels auseinandersetzt. Weil die »Fragmente« Hacks als einen bedeutenden philosophischen Kopf zeigen und bisher nicht die gebührende Beachtung gefunden haben, werden Auszüge mitgeteilt. Neu aufgenommen sind vollständig oder im Auszug die großen Essays aus der Endzeit der DDR, die mit ihrem Gegenstand einen politischen Horizont im engeren Sinn überschreiten: »Linke Arbeiter« (April 1988), »Die wissenschaftliche Gesellschaft und ihr Herr Nachbar« (September 1989), »Der internationale Opportunismus in deutschen Reimen« (Juni 1990), »Unter den Medien schweigen die Musen« (November 1989/Juni 1990) und »Die Schwärze der Welt im Eingang des Tunnels« (September 1990). Nicht aufgenommen wurden die Schriften »Ödipus Königsmörder« und »Ascher gegen Jahn«. Sie verhandeln politische Fragen, sind aber stark an den historischen Stoff gebunden; für eine vollständige Übernahme sind sie zu umfangreich, für eine selektive zu abhängig von ihrem inneren Zusammenhang.

Die neue Ausgabe beachtet außerdem erstmals den Nachlaß. Im Deutschen Literaturarchiv (DLA) Marbach lagern unter dem Obertitel »Marxistische Hinsichten« in elf Mappen Vorarbeiten zu einer letzten großen politischen Arbeit von Peter Hacks. Der Herausgeber hat das umfangreiche Material durch-

gesehen und teilt es in Auszügen mit. Er will damit die Hacks-Forschung auf einen Schatz aufmerksam machen, den es noch zu heben gilt.

Die neue Ausgabe ist keine kritische oder historisch-kritische; doch sie bemüht sich, einer solchen Ausgabe vorzuarbeiten. Deshalb folgt sie nicht dem Textzustand der Erstveröffentlichung, weil auch dabei Eingriffe vorgekommen sind. Sie geht auf die Fassungen letzter Hand, wie sie in der Werkausgabe oder in anderen Publikationen des Berliner Eulenspiegel Verlags erschienen sind, zurück, oder, wo eine solche Fassung nicht vorliegt, auf die im DLA Marbach lagernden Typoskripte, die die Texte so enthalten, wie Hacks sie gedruckt haben wollte. Wo Typoskripte fehlen, werden die maßgeblichen Ausgaben bemüht. Ergänzungen und Hinweise des Herausgebers werden kursiv in eckigen Klammern dargestellt.

Der Kommentar untergliedert sich in drei Abteilungen. Die erste, »Überlieferung«, beschreibt die hand- und maschinenschriftlichen Zeugnisse und macht Angaben zur Erstveröffentlichung. Die zweite, »Entstehungsgeschichte«, bringt die gesicherten Daten zusammen und klärt die Anlässe, auf die sich die Texte zurückführen lassen. Die dritte Abteilung, »Erläuterungen«, kann sich auf ein Mindestmaß beschränken, zumal sie auch durch die drei Register entlastet wird.

Der Textsammlung selbst ist eine längere historische Darstellung der Grundpositionen des politischen Denkens von Peter Hacks vorangestellt. Sie soll dem Leser die großen Zusammenhänge verdeutlichen und damit das Verständnis der einzelnen Texte erleichtern.

Heinz Hamm  
Dezember 2017

## EINLEITUNG

In einer Notiz, die wahrscheinlich Mitte der siebziger Jahre niedergeschrieben wurde, fragt PH nach dem Grund für die oppositionelle Haltung der jungen Schriftsteller in der DDR: »Diese Leute haben nicht im Kapitalismus gelebt. Der Mensch, insonderheit der Schriftsteller, hat nur, was er erlebt, erhandelt hat. Das ist nicht durch Studium ersetzbar. [Sie sind alle gegen den Kapitalismus, ehrlich, und die älteren verstehen nicht, warum sie nicht demgemäß handeln.] Jene haben im Sozialismus gelebt und schreiben ganz natürlich bloß über den, und kritisch. Das wäre völlig normal, wenn die Widersprüche im Sozialismus der Haupt-Widerspruch wären. Der Hauptwiderspruch ist aber zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Das ist für alle Leute, die den Kapitalismus kennen, klar und natürlich, keine bloße Wissensfrage. Aber wer den bloß aus Büchern kennt, hat nicht den genügenden Gesamt-Abscheu, der in Verhaltensweisen übergegangen und in ihnen stabilisierte Abscheu, der nötig ist, um das Missfallen an Unrichtigkeiten hier diesem Abscheu emotional unterzuordnen. Also machen sie Opposition. Haben viele Vorzüge gegenüber den Alten: nette, lustige, unsentimentale junge Leute. Nachteil: erschreckende Ahnungslosigkeit in Fragen des Marxismus.«<sup>1</sup>

PH selbst lebte bis zu seinem 27. Lebensjahr im Kapitalismus und entwickelte dabei offenbar einen solchen »Gesamt-Abscheu«, daß er die BRD verließ und in die DDR ging. Er sieht im Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus den Hauptwiderspruch der Epoche und entscheidet sich für den Sozialismus, wohl wissend, daß er gegenwärtig erst nur einem »sauren Apfel«<sup>2</sup> gleicht.

Die herrschende Theorie in der DDR ist der Marxismus-Leninismus mit seinen untrennbaren drei Bestandteilen, dem dialektischen und historischen Materialismus, der marxistischen

politischen Ökonomie und der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU und der Absetzung des von Stalin autorisierten »Kurzen Lehrgangs«<sup>3</sup> erhielt sie ihre verbindliche Darstellung in dem Lehrbuch »Grundlagen des Marxismus-Leninismus«.<sup>4</sup> Mit dem ML als Theorie hatte PH schon in seiner BRD-Zeit erste Berührungen, wie eine Bücherliste vom Juni 1955<sup>5</sup>, die grundlegende Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung verzeichnet, zu erkennen gibt. Mit dem Übertritt in die DDR wurde die Theorie der maßgebliche Rahmen für die eigene Praxis. PH muß sich zur »wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei« in Beziehung setzen.

Völlige Übereinstimmung mit dem ML besteht bei PH im Hinblick auf die Eigentumsfrage. Im Hamburger Streitgespräch vom April 1961 entgegnet er auf den Vorwurf, die DDR-Schriftsteller seien nur Ja-Sager: »Einen Ja-Sager nenne ich einen Mann, der in einer Gesellschaft lebt und die fundamentale gesellschaftliche Grundlage dieser Gesellschaft akzeptiert: Mit anderen Worten: Ein Schriftsteller in der DDR wird aller Voraussicht nach ein Anhänger der Vergesellschaftung der Produktionsmittel sein. | Ich kenne in der Bundesrepublik nicht einen Schriftsteller, der sich jemals eine große Mühe gemacht hätte, das Privateigentum an Produktionsmitteln zu bekämpfen. [...] Aber worauf kommt's denn sonst an? Was ist der Unterschied zwischen unseren beiden Ländern?«<sup>6</sup> Weil es auf das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmittel ankomme, dürfe nur dessen Herstellung sich Revolution nennen: »[...] wir haben diese entscheidende Frage der Besitztitel, [...], der Besitztitel an den Produktionsmitteln, und in der Tat die Phase, wo um die Besitztitel noch gekämpft wird. Das ist Revolution. Und wenn der Kampf um die Besitztitel an den Produktionsmitteln entschieden ist, dann ist nicht mehr Revolution. [...] Es handelt sich nicht mehr um die Revolution, [...] es handelt sich um die Festigung des Bestehenden, nämlich des Sozialismus.«<sup>7</sup> Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel wird PH nie in Frage stellen. Wie weit sie reichen, ob sie alle Produktionsmittel ohne Ausnahme umfassen soll, ist 1961 noch kein Thema.

Übereinstimmung gibt es am Anfang auch in der Kommunismus-Frage. Noch im März 1971 steht PH ohne Vorbehalte hinter dem, was die Kommunisten anstreben: »Bekanntlich begnügen sich die Kommunisten nicht damit, die bürgerliche Gesellschaft abzuschaffen; sie haben vielmehr im Sinn, die sozialistische und nach der die kommunistische Gesellschaft herzustellen.«<sup>8</sup> Unter Kommunismus wird, wie von Marx, eine Gesellschaft des materiellen und geistigen Reichtums verstanden: »[...] die Wörter Kommunismus und Verzicht dürfen nicht in einen Satz. Die kommunistische Gleichheit darf nicht von oben her, sie kann nur von unten her eintreten. Sie entledigt sich der Armen, niemals der Reichen.«<sup>9</sup> Und es besteht kein Zweifel, daß eine Gesellschaft des Überflusses eine entsprechend hohe Produktivität voraussetzt. In den siebziger Jahren wird PH in der Kommunismus-Frage neue Wege gehen.

Mit der historischen Mission der Arbeiterklasse, indem sie sich »zur Herrin der sämtlichen Produktionsmittel«<sup>10</sup> macht, »alle Klassenherrschaft, alle Knechtschaft und alle Ausbeutung überhaupt«<sup>11</sup> zu beseitigen, oder, wie Lenin formuliert, mit der »weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats als des Schöpfers der sozialistischen Gesellschaft«<sup>12</sup> hat PH dagegen von Anfang an seine Probleme. Marx und Engels betonen für die Übergangsperiode die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, verbinden aber mit dem Konzept der Selbstverwaltung die Erwartung, der Staat als Herrschaftsform werde sich allmählich auflösen. Lenin bringt die Erkenntnis ein, daß die Arbeiterklasse, um ihre Mission zu erfüllen, noch für eine längere Zeit eine starke Führung durch eine besondere politische Partei benötigen wird. Während Lenin noch offen einräumt, daß keineswegs alle Angehörigen der Arbeiterklasse über die für Führungsaufgaben nötige Bildung und Bewußtheit verfügen, sieht PH in seiner DDR-Gegenwart eine unzulässige Idealisierung der Arbeiterklasse am Werk. Zwar bleibt zentrale Lehre, daß die Arbeiterklasse ihre politische Herrschaft nur mit einem besonders qualifizierten Vortrupp ausüben kann. Gleichzeitig wird aber mit der Formel von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei die Identität von Arbeiterklasse

und Partei behauptet und der Arbeiterklasse als Ganzes, in allen ihren Gliedern die Fähigkeit zur Führung zuerkennt, die eigentlich nur ihr Vortrupp besitzen kann. PH ist nicht bereit, dieses Wunschbild schon für Wirklichkeit zu nehmen. Anlässlich des Stücks »Die Sorgen und die Macht« gerät er folgerichtig in einen offenen Konflikt mit der Kulturpolitik. Die Partei führt darin nicht, sondern wird vorwärts geschoben. Die Arbeiter folgen nur dem alten Lohntüten-Egoismus und haben allermeist kein sozialistisches Bewußtsein.<sup>13</sup> PH wurde dafür von kulturpolitischen Funktionsträgern heftig angegriffen. Er mußte sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er die Partei und die Arbeiterklasse nicht richtig dargestellt habe. Das Stück wurde nach kurzer Zeit abgesetzt. PH greift künftig nur noch selten auf Gegenwartsstoffe zu; 1979 entsteht die vierte Szene der »Musen«, 1981 »Die Binsen« und 1982 »Barby«. »Numa« (1970/71) hat ein gegenwärtiges, doch vollends fiktives Setting, »Moritz Tassow« (1962) ist zur Zeit des »Sorgen«-Skandals bereits abgeschlossen, und seine Handlung ist auf 1945 bestimmt, also im strengeren Sinne schon nicht mehr an einem Gegenwartsstoff entwickelt.

Das Thema Partei und Arbeiterklasse ist mit der Konzentration auf historische und mythische Stoffe jedoch keineswegs abgetan. Anfang der sechziger Jahre stößt Walter Ulbricht eine Entwicklung an, die im ML neue Akzente setzt. Die geistige Arbeit und mit ihr die Schicht der Intelligenz erfahren eine bedeutende Aufwertung. Ulbricht hatte erkannt, daß die Wirtschaft der DDR, um im Wettbewerb der Systeme mithalten und gegenüber Westdeutschland konkurrenzfähig bleiben zu können, vor der Aufgabe steht, völlig neue Arbeitsprinzipien und Technologien zu erkunden und praktisch zu beherrschen, und daß diese Aufgabe nicht von den Arbeitern in der materiellen Produktion gelöst werden kann, sondern nur von hochqualifizierten Angehörigen der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz. Er scharft selbst, teilweise am Politbüro vorbei, junge fähige Hochschulabsolventen um sich und beauftragt sie, die nötige konzeptionelle Vorarbeit zu leisten. Die alten Parteikader des hauptamtlichen Apparats müssen sich die Ermahnung gefallen lassen, daß es für eine Führungstätigkeit einer

hohen fachlichen Qualifikation bedarf und daß ein fester Klassenstandpunkt und das richtige politische Bewußtsein allein nicht ausreichen. Sie werden außerdem angehalten, das in der Arbeiterbewegung tief verwurzelte latente Mißtrauen gegenüber der Intelligenz aufzugeben.

Noch weiter geht Ulbricht mit einem neuen Sozialismus-Verständnis. Chruschtschow hatte im Oktober 1961 auf dem XXII. Parteitag der KPdSU den vollständigen Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion und den Beginn der Ära des Kommunismus verkündet. Der damaligen jungen Generation wurde versprochen, daß sie schon im reifen Kommunismus leben werde. Ulbricht kritisiert diese Sicht im September 1967 und im Mai 1968. Er hält auf zwei wissenschaftlichen Sessions Grundsatzreferate. Die Kernsätze zum neuen Sozialismus-Konzept im ersten Referat lauten: »Was ist die wichtigste Schlußfolgerung [...]? Sie besteht darin, daß der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab. Früher war es üblich, besonders ausgehend von Marx' Bemerkungen zum Gothaer Programm, den Sozialismus nur als Übergangsphase anzusehen, in der sich die Gesellschaft von den ›Muttermalen‹ des Kapitalismus frei machen und die materiellen und geistigen Voraussetzungen für die zweite Phase des Kommunismus schaffen muß. Es wurde wenig beachtet, daß der Sozialismus sich auf seiner eigenen Grundlage entwickelt. Die Bürde der kapitalistischen Vergangenheit erschwerte diese Einsicht. Deshalb wurden häufig die Kategorien der sozialistischen Ökonomik, die formal den Kategorien der kapitalistischen Ökonomik ähnlich sind (Geld, Preis, Gewinn usw.), als unvermeidliche ›Übel‹ betrachtet, deren Wirksamkeit überwunden werden muß.«<sup>14</sup> Und ähnlich im zweiten Referat: »Die Lehre von der Gesellschaftsformation und die Systemauffassung von der Gesellschaft begründen unsere Schlußfolgerung, daß der Sozialismus eine qualitativ neue Gesellschaftsformation ist, die sich in Übereinstimmung mit dem gesellschaftlichen Charakter der modernen Produktivkräfte herausbildet. Es wäre

grundfalsch, die Wesenszüge des Sozialismus, der sozialistischen Ökonomik, des sozialistischen Staates usw. als ›Muttermale des Kapitalismus, als unvermeidliches ›Übel‹ zu betrachten.«<sup>15</sup> Den Sozialismus als langdauernde eigenständige Gesellschaftsformation zu bestimmen, wertet Ulbricht als eine Weiterentwicklung von Marx: »Unsere Partei hat damit schöpferisch, dem Geiste des Marxismus entsprechend, die Vorstellungen vom Sozialismus als einer neuen Gesellschaftsordnung vertieft.«<sup>16</sup> Was Ulbricht *Vertiefung* nennt, ist in der Sache eine Korrektur der Marxschen Theorie. Vor allem ist sie unausgesprochen eine klare Absage an das Epochenverständnis der KPdSU und wurde auch als solche empfunden. Die Ablehnung des neuen Sozialismus-Verständnisses durch die sowjetische Führung unter Breshnew dringt bis zu Ulbrichts Absetzung nicht an die Öffentlichkeit, steht jedoch schon 1964 fest. Im Umfeld der Feierlichkeiten zum 15. Jahrestag der DDR, wahrscheinlich am 8. Oktober 1964, versucht Ulbricht in einem Vieraugen-Gespräch, Breshnew davon zu überzeugen, daß die Sowjetunion dem in der DDR eingeschlagenen Weg folgen müsse, und stößt damit auf wenig Gegenliebe: »[Breshnew zu Honecker] Man spricht davon, daß in [der] DDR bestes Modell des Sozialismus entwickelt wurde oder wird. Alles macht man besser in der DDR, alle sollen lernen von [der] DDR. DDR-Sozialismus strahlt aus auf andere Länder, sie macht alles richtig. [...] Ich weiß selbst, wie Walter diese Fragen behandelt – aus eigener Erfahrung. [...] Ich meine sein Verhalten in seiner Datsche (Döllnsee). [...] Also, man muß die Überheblichkeit in der DDR beseitigen.«<sup>17</sup> Der Alleingang wird nicht geduldet. Schon kurz nach Ulbrichts Sturz muß Kurt Hager auf der Konferenz der Gesellschaftswissenschaftler am 14. Oktober 1971 erklären: »Die Theorie vom Sozialismus als relativ selbständige Gesellschaftsformation läßt sich also nicht mit der marxistisch-leninistischen Theorie des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus in Übereinstimmung bringen.«<sup>18</sup>

PH nimmt die beiden Reden Ulbrichts unmittelbar nach ihrer Veröffentlichung zur Kenntnis und sieht sogleich deren Bedeutung. Gesichert ist das für die zweite Rede durch einen

Satz im Brief an seine Mutter vom 5. Mai 1968: »Der Ulbricht hat auf dem Marx-Symposion eine sehr weise Rede gehalten.«<sup>19</sup> Auch für die erste Rede kann die Lektüre angenommen werden. PH findet es »sehr weise«, den Sozialismus vom Vorbehalt zu befreien, bloß eine niedere Phase, eine Übergangsgesellschaft zu sein; denn damit ist die Verpflichtung verbunden, alle Kraft auf die Lösung der Gegenwartsprobleme des Sozialismus zu konzentrieren. Die Befreiung vom Makel des Vorläufigen hat auch Folgen für das Kommunismus-Verständnis. Die klassenlose Gesellschaft gerät aus dem Blickfeld. In einem Akademie-Gespräch vom 5. Mai 1978 entgegnet PH auf Wolfgang Harichs Vorwurf, er habe in seinen Reden den Kommunismus vergessen: »Wolfgang Harich hat gesagt, ich denke über den realen Sozialismus nach, und, wie er fürchtet, auch noch in Form einer relativ selbständig langen Gesellschaftsformation. Er hat recht, die interessiert mich – und der Kommunismus interessiert mich wenig. [...] Ich bin herzlich zufrieden damit, daß ich die Gegenwartsprobleme nicht lösen kann. Ich will mir nicht auch noch die Zukunftsprobleme aufladen, die ich nicht lösen kann.«<sup>20</sup> Noch im August 2000 wird – gewiss nicht cum grano salis, doch in der Tendenz bezeichnend – diese Haltung bekräftigt: »Anschließend an den Imperialismus sollten wir uns wieder auf 3000 bis 4000 Jahre Sozialismus einrichten. Mehr auszusagen wäre verwegene und nicht mehr durchaus wissenschaftlich.«<sup>21</sup>

Mitte der siebziger Jahre erklärt PH den Kommunismus zu einem Ideal.<sup>22</sup> Was er darunter versteht, erläutert er erstmals in einem lange nicht veröffentlichten Interview vom 19. April 1974: »Das Ideal ist eine Sache, die niemals zu machen ist und als solche für das seiende Leben ganz unentbehrlich, weil nämlich in dem Moment, wo man keine Richtung für einen Weg hat, jedes Gehen nicht mehr stattfindet. Es gibt ja dann auch keinen Weg mehr, wenn der Weg kein vorgestelltes Ende hat. Aber von diesem vorgestellten Ende muß man wissen. Es ist etwas, was man nicht erreichen wird.«<sup>23</sup> Erstmals direkt auf den Kommunismus bezogen wird der Ideal-Begriff in den im April 1976 verfaßten »Glossen zur Untersuchung«, die zusammen mit »Der Fortschritt in der Kunst. Eine Untersuchung« als Originalbeitrag

von PH der Druckfassung der Dissertation von Peter Schütze beigelegt sind: »Das Ideal ist eine wünschenswerte Sache, die nicht ist, und von der man gleich zugibt, daß sie an keinem Ort und zu keiner Zeit sein wird; es ist demnach ein wissenschaftlicher und ein materialistischer Begriff [...] Echte Ideale sind der allseitig ausgebildete Mensch oder das *Jedem nach seinen Bedürfnissen* oder die Gleichwertigkeit der Geschlechter; sie liegen in der Zukunft und zugleich im Nirgendwo; wir wissen, das kriegen wir nie und müssen es das kriegen wir nie und müssen es immer kriegen wollen.«<sup>24</sup> Die Äußerungen zum Kommunismus, der »im Jahr unendlich«<sup>25</sup>, also niemals Realität wird, kamen in der DDR nicht an die Öffentlichkeit. Im letzten Stück »Die Kunstwerke des Karrenschleppers« des großen Essays »Schöne Wirtschaft. Ästhetisch-ökonomische Fragmente«, der 1988 im Aufbau-Verlag erscheint, gab PH seine Zurückhaltung auf. Er wendet sich hier in scharfer Polemik gegen eine These zur Arbeitsteilung, die Marx und Engels schon 1845 in der »Deutschen Ideologie« vortrugen: daß »in der kommunistischen Gesellschaft, wo Jeder nicht einen ausschließenden Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt & mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu thun, Morgens zu jagen, Nachmittags zu fischen, Abends Viehzucht zu treiben u. nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger Fischer Hirt oder Kritiker zu werden.«<sup>26</sup> Die Polemik im Essay geht von einer Stelle im »Anti-Dühring« aus: »Der dem Herrn Dühring überkommenen Denkweise der gelehrten Klassen muß es allerdings als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen, daß es einmal keine Karrenschlepper und keine Architekten von Profession mehr geben soll, und daß der Mann, der eine halbe Stunde lang als Architekt Anweisungen gegeben hat, auch eine Zeitlang die Karre schiebt, bis seine Tätigkeit als Architekt wieder in Anspruch genommen wird. Ein schöner Sozialismus, der die Karrenschlepperei von Profession verewigt!«<sup>27</sup> PH folgert aus dieser Stelle: »Das muß meinen (und meint), daß im Kommunismus alle Arbeiter für alle Arbeiten geschickt sind.«<sup>28</sup> Die Abschaffung des Privateigentums an den Produk-

tionsmitteln mit der Erwartung zu verknüpfen, daß dann alle Menschen nach Belieben alle Tätigkeiten ausüben können, und die Abschaffung der Arbeitsteilung als große Errungenschaft zu feiern, hält PH, zumal im Lichte gegenwärtiger Erfahrung, für einen großen Irrtum: »Das ganze Marxische Wunschbild vom alltüchtigen Menschen, muß befürchtet werden, ist die linksromantische, die anarcho-demokratische Verklärung der industriellen Einstampferi. Nur derjenige ist in jeder Richtung gleich tüchtig, der in keiner Richtung tüchtig ist. Wir sind durch Erfahrung der monopolistischen Gründe und den Anblick der künstlerischen Folgen des Kreativitätsschwachsinnns etwas empfindlich gegen diesen Traum der Klassiker und gegen den Denkfehler in ihrer launigen Utopie.«<sup>29</sup> Die Klassiker verurteilen die »leibliche und geistige Verkrüppelung des Arbeiters«, die er in der »Maschinerie der großen Industrie« durch die lebenslängliche Kettung an eine »bestimmte Theilfunktion und ein bestimmtes Werkzeug«<sup>30</sup> erleidet; und sie möchten aus der Arbeit ein »Mittel der Befreiung des Menschen« machen, »indem sie jedem Einzelnen die Gelegenheit bietet, seine sämtlichen Fähigkeiten, körperliche und geistige, nach allen Richtungen hin auszubilden und zu bethätigen«.<sup>31</sup> Was sie nicht bedacht haben: Für den einzelnen Menschen jegliche Begrenzung in der Ausübung von Tätigkeiten aufzuheben, führt zu Gleichmacherei auf niedrigstem Niveau. Der »Marxsche Entwurf von der abgeschafften Arbeitsteilung bis in die Abschaffung der Sonderbegabungen und Sonderkenntnisse« sollte deshalb aus dem Marxismus entsorgt werden: »Die Arbeitsteilung, das sollte endlich für ausgetestet gelten, ist nicht, wie Marx (»Elend« II-2) vorträgt, Ursache der unterschiedlichen Begabung. Sie ist aber die Bedingung von deren weitestgehender Entfaltung. Nur wo Arbeitsteilung herrscht, hat unterschiedliche Begabung Raum und kommt zum Zuge und tritt aus dem Gehirn heraus in die Welt. Die Arbeitsteilung, das ist zweifellos die Freiheit. | Der wissenschaftliche Satz, worein alle Zukunftshoffnung sich gründet, lautet: Irgendwas kann jeder. Nur rottengeisterischer Unfug kann sagen: Jeder kann alles können.«<sup>32</sup> PH sagt sich dennoch vom Entwurf einer klassenlosen Gesellschaft nicht völlig los. Er

bewahrt sich den Kommunismus als Leitbild und Zielgröße, als »Ideal«, dem man sich im Denken nähern kann. Gleichzeitig ist er der festen Überzeugung, daß es einen Kommunismus in der von den Klassikern entworfenen Gestalt niemals in der Wirklichkeit geben wird. Damit wird in einer zentralen Frage eine Position vertreten, die mit dem herkömmlichen ML eindeutig nicht vereinbar ist. PH scheint eine gängige Argumentation des Antikommunismus zu übernehmen; denn in der Regel wird der Kommunismus von denjenigen als nicht machbar in das Reich der Phantasie verwiesen, die eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel grundsätzlich ablehnen. Doch er verneint die Machbarkeit des Kommunismus, um sich auf den machbaren Sozialismus zu konzentrieren.

Beim Nachdenken über die Stärkung des Sozialismus beschäftigt sich PH frühzeitig mit der Frage, wie das politische System in der DDR bestmöglich beschaffen sein müßte. Seine Überlegungen benutzen eine ungewöhnliche Begrifflichkeit, geben jedoch klar zu erkennen, worin für ihn der entscheidende Veränderungsbedarf besteht. Für den Juli 1971 ist erstmals die Formulierung von den »beiden Klassen des Landes, Parteiapparat und Wirtschaft«<sup>33</sup> überliefert. Im poetischen Gewand treten sie schon 1961 in der Parabel »Ekbal, oder: Eine Theaterreise nach Babylon« als *Lanzenreiter* und *Kupferschmiede* auf. PH weiß natürlich, daß sein Klassenbegriff nicht mit der Leninschen Definition übereinstimmt; und die Rede von den zwei Klassen behauptet auch nicht, die Klassenlage in der DDR umfassend abzubilden. Gemeint sind mit Klassen Menschengruppen, die für die Ausübung politischer Macht überhaupt in Betracht kommen; und das sind für PH nur zwei: die hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei der Arbeiterklasse und die Angehörigen der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz. PH findet ein politisches System vor, in dem allein die Arbeiterklasse in Gestalt ihrer Partei zur führenden Rolle befugt sein soll. Sie besitzt für alle Bereiche der Gesellschaft, auch für die Wirtschaft, die oberste Entscheidungsgewalt. Der Intelligenz dagegen wird kein eigenes politisches Gewicht zugestanden; sie muß sich auch in der Wirtschaft, wo sie als Leiter der Produk-

tion und als Wissenschaftler die entscheidende Produktivkraft darstellt, der Führung durch die Partei unterordnen. Aber gerade in der Wirtschaft leistet der Parteiapparat nach der Einschätzung von PH nicht, was er eigentlich leisten müßte: die politischen Rahmenbedingungen bestimmen und durchsetzen, die für die geforderte Erhöhung der Arbeitsproduktivität erforderlich sind. Der Parteiapparat verweigert sich neuen Methoden der Planung und Leitung der Wirtschaft und verkennt die zentrale Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Er scheut die Auseinandersetzung mit Arbeitern, die die Abschaffung der Ausbeutung als Abschaffung von Anstrengung mißverstehen, und duldet und befördert sogar Gleichmacherei. In Konflikten der Arbeiter mit den Werksleitungen stellt er sich auf die Seite der Arbeiter. Weil der alleinherrschende Parteiapparat dafür die Verantwortung trägt, daß die Produktivität, die im Sozialismus steckt, bei weitem noch nicht realisiert ist, hält es PH für dringend notwendig, der Intelligenz vor allem in der Wirtschaft eine eigenständige Befugnis einzuräumen und sie an der Macht zu beteiligen.

PH denkt sich eine Teilung der Macht zwischen zwei gleichberechtigten politischen Klassen, die jeweils unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen haben. Die Wirtschaftsfachleute kümmern sich um die Steigerung der Produktion und die Herstellung von Reichtum. Der Parteiapparat übt eine Art Wächterfunktion aus. Er formuliert die allgemeinen politischen Richtlinien, kontrolliert deren Befolgung und sichert die Errungenschaften des Sozialismus gegen konterrevolutionäre Bestrebungen. Im Bereich der Wirtschaft verhindert der Parteiapparat, daß die Ökonomen und Technokraten ein Übergewicht erlangen und die Steigerung der Produktivität auf Kosten der angestrebten Humanisierung der Arbeit geht. Da die beiden politischen Klassen eine unterschiedliche Denkweise haben und deshalb in Konflikt geraten könnten, muß sich PH eine dritte Macht denken, die über den beiden Klassen steht und absolut entscheiden kann. Eine solche Macht sieht er gegeben in der Person Walter Ulbrichts und der von ihm geschaffenen Institution des Staatsrats. Im Briefwechsel mit Kurt Gossweiler, in dem es 1998/1999 zu einer kontroversen

Diskussion über die »Klassenlage im Sozialismus« kommt, heißt es zu »Ulbrichts Absolutismus«: »Wenn der alte Absolutismus dadurch gekennzeichnet war, daß der Fürst die ausgleichende und regelnde Macht über den sich hassenden herrschenden Klassen Adel und Bürgertum bildete und an der Fronde aus diesen sich hassenden Klassen litt, so bildete Ulbrichts sozialistischer Absolutismus die ausgleichende und regelnde Macht über der herrschenden sozialistischen Klasse der Intelligenz (Forscher, Planer, Leiter) und der herrschenden sozialistischen Klasse des Parteiapparats. Die Instrumente, womit den Widerspruch der sich hassenden sozialistischen Klassen zu stabilisieren, waren 1. der Staatsrat, 2. das Theorem von der moralisch-politischen Einheit. (Die Bauern waren für den Monarchen. Die Arbeiterklasse war gespalten: wenn sie arbeiten wollte, hing sie der Intelligenz an, wenn sie nicht arbeiten wollte, dem Apparat).«<sup>34</sup>

Das Bild von einem »Klassengleichgewicht zwischen Spezialistenklasse und Apparatsklasse« und von »Ulbrichts Alleinherrschaft«<sup>35</sup> trägt Züge eines Wunschbildes und ähnelt nur entfernt den wirklichen Verhältnissen in der DDR. Ulbricht zeichnete sich durch die Einsicht aus, daß die Wirtschaft der DDR bei Strafe des Untergangs grundlegend reformiert werden muß: »Es sind eigentlich nur wenige Genossen, die heute noch dem neuen ökonomischen System der Planung und Leitung gegenüber Vorbehalte geltend machen. Von ihnen hört man, die Einführung des neuen ökonomischen Systems der Planung Leitung sei mit Risiken verbunden. Das wird gar nicht bestritten. Die Genossen sollten aber begreifen, daß das Stehenbleiben bei alten, überholten Methoden der Leitung der Wirtschaft weit mehr als ein Risiko, nämlich eine ernste Gefahr für die Erfüllung der vor uns stehenden Aufgaben wäre. Diese Aufgaben haben wir uns nicht ausgesucht. Sie sind objektiv herangereift. Und wir müssen sie meistern, wenn wir in der ökonomischen Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus bestehen wollen.«<sup>36</sup> Weil die Widerstände größer waren als zugegeben, setzte Ulbricht seine Reformvorstellungen teilweise unter Umgehung des Parteiapparats durch. Er war jedoch niemals ein Alleinherrscher, ebenso wenig wie die Intelligenz eine herrschende Klasse, eine eigenständige po-

litische Kraft war. Die »Spezialistenklasse« konnte von Glück reden, daß der Oberste der »Apparatklasse« ihr von oben her erweiterte Befugnisse bei der Planung und Leitung der Wirtschaft einräumte. Eine echte Teilung der Macht hat es nie gegeben.

PH macht kein Hehl daraus, daß seine Sympathie den Begabten und Fleißigen gehört, denjenigen, die »die intelligente Arbeit«<sup>37</sup> machen. Offen ist für ihn die Frage, wie mit denjenigen umgehen, die nicht über den Willen und die Fähigkeit zur Leistung verfügen. Im Interview vom April 1974 wird die Problematik angesprochen und diskutiert als »Verhältnis von Leistung und Demokratie«: »Die andere Frage, von der ich denke, daß sie im Moment nicht lösbar ist, ist das Verhältnis von Leistung und Demokratie. Diese Gesellschaft braucht, da sie zu einer Überflußgesellschaft werden muß, Leistung. Da sie eine humanistische Gesellschaft ist, braucht sie Demokratie, und diese beiden Dinge haben sich, seit es den Demokratie-Begriff gibt, widersprochen. Da gibt es ein großes Zitat von Cooper, das ich versuche, wenigstens sinngemäß richtig zu machen: ›Demokratie ist, wenn jeder Bürger berechtigt ist, ein Amt auszuüben, ausgenommen denjenigen, der dazu fähig wäre.‹ Cooper wußte, was Demokratie ist. Das ist, meine ich, nicht böse, das ist objektiv. In der Demokratie werden den privilegierten Leuten die Köpfe abgeschlagen, den Gutsbesitzern und Ausbeutern, den Aneignern fremder Arbeitskraft. Ich meine, bei dieser Gewohnheit des Handgelenks, alles, was oben raussteht, abzuschlagen, werden natürlich auch der Intelligenz die Köpfe abgeschlagen und der Kultur. In allen Revolutionen wird ja gerne die Kultur abgeschafft. Kurzum, auch unsere Innenpolitik, sehen wir, pendelt immer zwischen den Interessen der, sagen wir, 12köpfigen Kretin-Familien, und dann mal wieder werden die VVB-Direktoren drangenommen. Ich meine, auch dieses Problem lösen wir im Moment nur in einer Zick-Zack-Bewegung, und auch das ist in der jetzigen gesellschaftlichen Formation nicht abzusehen, wie es einmal auslaufen wird.«<sup>38</sup> Unter Demokratie versteht PH hier offenbar nicht »eine bestimmte politische Verfahrensweise wie etwa die Volksversammlung, den Parlamentarismus oder das direkte Mandat, sondern vielmehr ein universelles

geschichtliches Prinzip, das alle Bestrebungen von Bedürftigen und Ausgebeuteten in einen Zusammenhang bringt«.39 Zweifellos steht er hinter diesen »Bestrebungen«, obwohl sie immer auch mit einer Gleichmacherei auf niedrigem kulturellen Niveau verbunden sind. Doch wie soll sich der Sozialismus, wo das Mehrprodukt nicht mehr privat, sondern von der Gemeinschaft angeeignet wird, zu den Leistungsschwachen und Faulen verhalten, die es weiterhin gibt? PH bleibt klare Antworten schuldig. Aus dem Zusammenhang ergibt sich gleichwohl eindeutig: »Gesittung« in einer »humanistischen Gesellschaft«40 kann nicht heißen, »12köpfige Kretin-Familien« zu hätscheln. Bezeichnend für PHs Demokratiebegriffe ist auch der Bezug auf James Fenimore Coopers Schrift »The American Democrat, or Hints on the Social and Civic Relations of the United States of America« von 1838. Cooper sieht die Nachteile der Demokratie vor allem darin, daß sie ein niederes Mittelmaß begünstigt und zur Gleichmacherei tendiert. Sie ermögliche die Besetzung von Ämtern mit Menschen, die dazu nicht die fachliche Qualifikation haben. PH macht die Ämterbesetzung durch Unfähige in der Demokratie, die bei Cooper nur eine Möglichkeit ist, zum Regelfall und läßt sich durch diese Zuspitzung eindrucksvoll eigene Vorbehalte bestätigen. Der Begriff, den PH von Demokratie im Sozialismus hat, offenbart einen Zwiespalt: So sehr er zugesteht, daß eine humanistische Gesellschaft Demokratie, d. h. Rücksicht auf die Schwachen, braucht, so sehr verbindet er mit Demokratie die Befürchtung, daß Kräfte zum Zuge kommen und Herrschaft ausüben können, die das Leistungsprinzip teilweise oder ganz außer Kraft setzen.

PH geht von der Voraussetzung aus, daß die Revolution in der DDR gesiegt hat: »Die Revolution ist bei uns gewonnen, und zwar nach Abschluß der Wer-Wen-Periode, nach Abschluß der Transformationsperiode, und jetzt haben wir eine Evolution, also eine Weiterentwicklung des bestehenden sozialistischen Provisoriums.«41 Mit Ulbricht an der Spitze sieht er in den sechziger Jahren das Land auf einem guten Weg. Im Aufsatz »Über Langes ›Marski«« vom April 1965 bekundet sich ein großer Optimismus: »Das Neue Ökonomische System ist die historische

Stelle, wo der Sozialismus aus der bloßen und beschränkten Verneinung der Ausbeutergesellschaft sich steigert zur Aufhebung aller geschichtlichen Leistungen vor ihm. Als der Sozialismus schwach war, unterschied er sich von der Weltzivilisation, indem er sie verleugnete; nun, da er stark ist, unterscheidet er sich von ihr, indem er sie frißt. [...] Weil der Sozialismus fest sitzt, können Marskis bürgerliche Tugenden (Genußfähigkeit, Spezialistentum) sozialistische Tugenden werden.«<sup>42</sup> Und ganz ähnlich heißt es im Vorwort zum Band »Das Poetische«: »Die meisten Aufsätze dieses Bandes kamen nach 1961 zustande, in jener Zeit also, wo der Sozialismus seine Fähigkeit bewies, für eine moderne Industriegesellschaft zu taugen. Mittels sichtbarer Beispiele begann er zu zeigen, daß er nicht mehr nur Negation der Abscheulichkeiten des Kapitalismus war, sondern vielmehr die Aufhebung von dessen Vorzügen; er wurde, was er in der Theorie seit jeher war, erstmals in der Praxis: ein System von Maßnahmen zur Befreiung der Produktivkräfte vom sie beengenden Privateigentum. Dieser weit übers Jahrhundert hinausgreifende Erfolg der DDR, in Verbindung mit ihren höchst lebendigen Widersprüchen, ermöglichte die Neuentdeckung der Kunst und die Wiederaufnahme der größten ästhetischen Fragen.«<sup>43</sup>

1968 muß PH die Erfahrung machen, daß eine sich als links gerichtet verstehende Opposition einen Sozialismus, der seine ökonomische Überlegenheit noch nicht bewiesen hat, auf das äußerste gefährden kann. Er benutzt eine Umfrage des westdeutschen Publizisten Hans Dollinger, um dringend vor der Gefahr einer »linken« Konterrevolution zu warnen. Auf die Frage Nr. 6, ob »die klassenlose Gesellschaft erstrebenswerter Endzustand der Geschichte sei oder eine permanente Revolution von unten nach oben mehr erstrebenswert«, antwortet er am 27. februar 1968, »also noch vor den tschechoslowakischen Exaltationen«<sup>44</sup>: »Ich halte [...] die historischen Bewegungen der DDR für in höchstmöglichem Grade vernünftig, und ich halte [...] die Gammler nicht für die Inkarnation des Weltgeists. Lenins Begriff der permanenten Revolution, erdacht, um die bürgerlich-antizaristische Revolution in die proletarische überzuleiten, wird neuerdings mißbraucht für den Vorschlag einer

sogenannten dritten Revolution, einer Revolution gegen den sozialistischen Staat. Das ist offensichtlich reaktionär, und wo es nicht reaktionär sein soll, Geblödel. Solange eine Revolution, wie die sozialistische, bei weitem noch nicht alles an den Tag gebracht hat, was an Produktivität in ihr steckt, verwandelt sich jede Revolution gegen diese Revolution in eine Gegenrevolution; das haben der kronstädter Aufstand, der 17. Juni, der ungarische Konteroktober und Maos Emeute der Unbedarften gleichermaßen bewiesen.«<sup>45</sup> Deutlicher kann die Warnung an die Adresse der Unzufriedenen im Lande nicht sein. Notwendige Änderungen dürfen nur zusammen mit dem sozialistischen Staat durchgesetzt werden und nicht gegen ihn. Es bleibt die Frage: Was tun, wenn der sozialistische Staat auf Grund äußerer und innerer Bedingungen nicht fähig oder nicht willens ist, die notwendigen Änderungen von ober her durchzuführen?

PH stellt Anfang 1971 mit großer Sorge fest, daß Ulbricht in immer größere Bedrängnis gerät: »[*André Müller sen.*] Das Hauptproblem des Neuen Ökonomischen Systems sieht Hacks in der ständigen Anstrengung aller Mittel, um sie auf jeder erreichten Stufe neu zu reproduzieren. Ständig drohe die Gefahr eines Zusammenbruchs, weil die Hilfsquellen und Geldmittel fehlten: ›Das gibt Ulbrichts Gegnern Auftrieb. So führt er einen Kampf gegen die Zeit, und das ohne Unterstützung der Russen, die ihm eher noch die Rohstoffe kürzen. In Wirklichkeit tobt ein Kampf um das Neue Ökonomische System, und mit jeder Schwierigkeit erhebt sich der bereits geschlagene Apparat von neuem«.<sup>46</sup> Für PH gibt es trotz aller Schwierigkeiten zum Neuen Ökonomischen System keine Alternative. Nur mit einer Wirtschaftspolitik, die Ulbrichts Ansatz fortführt, besteht für ihn die Aussicht, nicht hinter der Produktivität des Westens hoffnungslos zurückzubleiben. Wer diese gewiß anstrengende Politik aufgabe, habe im Konkurrenzkampf der Systeme schon verloren.

Mit Ulbrichts Rücktritt im Mai 1971 beginnt für PH der Niedergang der DDR. Die meisten Zeitgenossen werteten den Vorgang als einvernehmlichen Führungswechsel aus Altersgrün-

den. PH und sein Freund André Müller sen. glauben nicht an einen freiwilligen Rücktritt; sie sahen schon im Oktober 1969 Differenzen mit der Führungs- und Schutzmacht Sowjetunion: »[André Müller sen.] Ich vermute eine Änderung der Politik. Hacks: ›Unzweifelhaft. Aber welche?‹ Ich erwähne, die bisherige Politik des Imperialismus sei darauf hinausgelaufen, das Rad der Geschichte mit Gewalt zurückzudrehen. Die Stabilisierung der DDR nach dem Bau der Mauer habe die letzte Chance einer solchen Politik zerstört. Sie müßten also im Westen zu einer neuen Politik finden, die natürlich die alten Ziele verfolge, aber auf neuen Wegen. Hacks: ›Du meinst, sie werden uns solange liebevoll umarmen, bis sie uns zerdrückt haben. Aber das geht nicht mit Ulbricht. Freilich ist die Frage, ob es nicht mit den Russen geht. Man hört immer wieder von Spannungen zwischen der sowjetischen und der DDR-Führung, aber man weiß nicht, was an den Gerüchten ist.«<sup>47</sup> Im Juli 1971 geht es erneut um die Hintergründe von Ulbrichts Rücktritt: »[André Müller sen.] Was steckt dahinter? Natürlich war er alt und in letzter Zeit den Russen gegenüber störrisch. Er soll im Politbüro für seinen eigenen Abgang gestimmt haben, was Hacks und ich nicht glauben. Hacks meint: ›Wahrscheinlich ist es eine Zwecklüge, er war in den letzten Jahren bei der Bevölkerung und besonders bei einfachen Parteimitgliedern ungemein populär. Vermochte er die beiden Klassen des Landes, Parteiapparat und Wirtschaft, nicht mehr zu regieren und auszubalancieren? Dafür spricht manches. In Berlin hat man ihm auf einer Parteikonferenz Ovationen gebracht, so daß auf einmal alle Bezirkskonferenzen am gleichen Tag stattfinden müssen. Das alles spricht seine eigene Sprache. Eine Art neuer Kurs liegt in der Luft.‹ Hacks fragt mich, welche Politik Honecker machen werde. Ich sage: ›Die Gleiche, falls er die gleichen Ziele verfolgt. Aber selbst dann die schlechtere, da ihm Format und Erfahrungen von Ulbricht fehlen. Wahrscheinlich aber eine, die miserabel ist und sich volkstümlich gibt.‹ Hacks: ›Ich frage mich, ob dieser Rücktritt, wenn er denn einer war, nicht das Unglück für dieses Land sein wird.‹ Dann erörtern wir die Frage, was Moskau zur Zeit eigentlich für eine Politik mache und welche Ziele man dort verfolge. Hacks: ›Sie

gehen mehr und mehr zu einer prinzipienlosen Bündnispolitik über und machen dementsprechende Zugeständnisse. Das müssen sie, es ist die Quittung für ihre hochmütige Diplomatie und die Förderung von Idioten. Der Sputnik ist kein Ersatz für Politik und war es nie. Wir können nur darauf setzen, daß der Sozialismus stark genug ist, auch Idioten zu überdauern. Die Grundfrage ist, warum können die Russen nicht ihre Wirtschaft so in Ordnung bringen, wie Ulbricht in der DDR es tat?«<sup>48</sup> PH erfaßt den Kern des Problems: Die Führungsmacht Sowjetunion bringt aus eigener Kraft keine dringend notwendige Erhöhung der Produktivität ihrer Wirtschaft zustande, setzt auf Hilfe vor allem aus der reichen Bundesrepublik Deutschland und ist bereit, dafür politische Zugeständnisse zu machen. Ulbricht widersetzt sich dieser Politik und muß deshalb weichen. Mit der Öffnung der Archive der DDR-Führung wird PH seine Vermutungen bestätigt finden.

Honecker verkündet nach Ulbrichts Sturz auf dem VIII. Parteitag der SED unter der Losung der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« die sofortige Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus. Der neue Kurs führte zu steigenden Sozialleistungen und zu einem besseren Konsumgüterangebot und wurde deshalb allgemein begrüßt. PH blickt wiederum tiefer und teilt diese Zustimmung nicht. Er sieht auf allen Gebieten nur ein Zurückweichen vor den in erster Linie zu lösenden Aufgaben. Daß die Erhöhung des Lebensstandards nicht erarbeitet, sondern durch Kredite kapitalistischer Banken finanziert war, wird sein Urteil bestätigen.

Honecker folgt der neuen sowjetischen Politik unter Breshnew, obwohl die von Brandt eingeleitete neue Ostpolitik von den Sicherheitsorganen der DDR durchaus als »Konterrevolution auf Filzlagschen« erkannt wurde, und fühlt sich stark genug, die wirtschaftliche Hilfe des Westens in Anspruch zu nehmen. Um sie nicht zu gefährden, fühlt er sich verpflichtet, in der öffentlichen ideologischen Auseinandersetzung mit der BRD äußerste Zurückhaltung zu üben. Dabei wäre es die Aufgabe der neuen Führung gewesen, der Bevölkerung der DDR die Ziele der neuen Entspannungspolitik aufzuzeigen und sie durch eine

offensive Propaganda gegen die liebevolle Umarmung durch den Westen widerstandsfähig zu machen.

Besonders ärgert sich PH über Honeckers Versuch, »die Arbeiterklasse durch Bestechung hinter sich zu kriegen«<sup>49</sup>; denn diese »Arbeiterpolitik« hat zur Folge, daß Gleichmacherei und Intelligenzfeindlichkeit sich wieder breitmachen: »Das neue Ideal Honeckers ist: ein DDR-Mensch verdient 1000,- oder 2000,- Mark, egal was er leistet. Warum gibt es keinen wirklichen Sozialismus mit scharfen Unterschieden, wo jeder tatsächlich nach seiner Leistung bezahlt wird? Das war es, was Ulbricht wollte und einführte und was den Aufstieg der DDR gesichert hat. Jetzt kommt die Einheitssauce, die Schlamperei und der Vulgärmaterialismus. Sie übergeben schon die Hotels an die Gewerkschaften.«<sup>50</sup> Und noch schärfer im März 1977: »Der nun vier Jahre dauernde Kampf Honeckers gegen die Ulbricht-Politik mit den blöden, gleichmacherischen Tendenzen, den sie jetzt wieder beenden wollen, hat die schlimmsten Folgen gehabt. Das waren vier Jahre Kampf gegen alles, was wirkliche Intelligenz in diesem Lande besitzt, und das hat alles verschlimmert: Der Fisch fault nun einmal zuerst am Kopf.«<sup>51</sup>

Ulbricht konnte ein falsches Verhältnis zur Arbeit noch offen ansprechen: »Um das Geld zu verdienen, das der Arbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik hat, muß sein westdeutscher Kumpel 30, 40 und 50 Prozent mehr leisten, muß er sich in ein Arbeitstier verwandeln, das abends erschöpft und ausgepumpt nach Hause kommt, ohne Kraft und Aufmerksamkeit für persönliche oder kulturelle Interessen. Wir sind Gegner einer solchen Arbeitshetze, die die Werktätigen in Sklaven der Maschine verwandelt. Um so mehr sind wir daran interessiert, daß in unseren Betrieben die Werktätigen Herren des Produktionsprozesses werden, daß sie mit Überlegung, verantwortungsbewußt und fleißig ihre Pflicht und höhere Leistungen vollbringen. Ungeachtet aller bedeutenden positiven Tendenzen können wir nicht an dem Umstand vorbeigehen, daß nach der Beseitigung des kapitalistischen Zwangs durch Hunger, Arbeitslosigkeit und Not ein Teil der Arbeiter ein falsches Verhältnis zur Arbeit und damit zu unserem Staat an den Tag legt. Diese Menschen wollen

für sich persönlich das Ziel verwirklichen, trotz niedriger Arbeitsproduktivität und schlechter Leistungen viel Geld zu verdienen und gut zu leben. Typische Erscheinungen eines solchen Verhaltens sind: Arbeitsbummelei, Vortäuschung von Krankheit, achtloses Umgehen mit volkseigenen Maschinen, Geräten und Werkzeugen, ja sogar Vergeudung von Volkseigentum. Es ist klar, daß solche Zeitgenossen versuchen, sich auf Kosten ihrer Kollegen, auf Kosten des Volkes durchs Leben zu schlagen, wobei sie die Beseitigung des kapitalistischen Zwangs und die hohen sozialen Leistungen des Arbeiter- und Bauernstaates ausnutzen. Bezeichnenderweise sind es sehr oft jugendliche Arbeiter, bei denen Bummel und Vortäuschung von Krankheit auftreten. Wir können nicht verschweigen, daß es sich jährlich um einige Hundert Millionen Mark handelt, die durch das falsche Verhalten rückständiger Kollegen der Verbesserung der Lebenslage und der Arbeitsbedingungen aller ehrlich und fleißig arbeitenden Werktätigen entzogen werden.«<sup>52</sup> Die Partei- und Staatsführung der DDR unter Honecker hütet die führende Rolle der Arbeiterklasse wie einen heiligen Gral und wertet jede Kritik an Arbeitern als Mißachtung ihrer führenden Rolle. Mit ihrer praktischen Politik demonstriert sie jedoch, daß sie der Arbeiterklasse die Verhaltensweisen und geistigen Fähigkeiten, die für eine Führungsrolle unerlässlich sind, in Wahrheit nicht zutraut. Die Arbeiter werden nicht mit einer offenen Darlegung der wirtschaftlichen Lage ins Vertrauen gezogen, sondern mit einer ermüdenden Erfolgspropaganda und hilflosen Aufrufen überzogen. Vor allem werden sie nicht darüber aufgeklärt, daß die Erhöhung des Lebensstandards nicht erarbeitet, sondern durch Kredite westlicher Banken finanziert ist. Den Arbeitern und sogar den eigenen Führungsgremien wird weiterhin eine heile Welt vorgegaukelt, obwohl schon Mitte der siebziger Jahre feststeht, daß der Weg der Verschuldung im Westen, deren wahre Höhe nur Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski kennen, nicht die erhofften Ergebnisse gebracht hat und in die Schuldenfalle führt. Eine Umkehr ist freilich nicht möglich ohne eine Senkung des Lebensstandards und ein bisher nicht gekanntes strenges Arbeitsregime. In einem Vermerk vom Juni 1982 notiert Werner

Krolikowski: »Natürlich muss in der DDR das Lebensniveau eingeschränkt werden. Die Mehrheit von Partei, Arbeiterklasse und Volk ist auch dazu bereit, wenn dies ehrlich erklärt und mit einer überzeugenden Konzeption begründet wird. Aber die Bereitschaft, den Schwindel der einseitigen Erfolgspropaganda bei ständiger Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen mitzumachen, geht verständlicherweise zurück. [...] Bei vielen Genossen und guten Parteilosen gibt es wachsende Fragen, warum die Parteiführung das Volk über die wirkliche Lage und die begrenzten Möglichkeiten nichts ins Vertrauen zieht, sondern die platte ungläubwürdige einseitige Erfolgspropaganda, die in Polen Schiffbruch erlitt, rigoros fortsetzt.«<sup>53</sup> Honecker sieht sich, politische Instabilität fürchtend, zu einer solchen Umkehr außerstande. Er zieht es vor, weiter die Hilfe vor allem der BRD in Anspruch zu nehmen, und glaubt, die zunehmende Verschuldung mit einer Verstärkung des Sicherheitsapparats politisch beherrschen zu können.

Das wahre Ausmaß der Probleme, mit denen die DDR-Wirtschaft zu kämpfen hat, kann PH vor 1990 nur ahnen. Mit Sicherheit weiß er, daß der Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht zur überlebensnotwendigen Steigerung der Produktivität führen und deshalb scheitern wird. Aber nicht nur die Apparatfraktion versagt bei der Weiterentwicklung des Sozialismus. Auch die Fraktion der geistigen Produzenten sieht PH auf einem für den Sozialismus gefährlichen Weg. Die Schriftsteller und Künstler der DDR scheinen vergessen zu haben, daß der andere deutsche Staat nur das eine Ziel hat, sich die DDR einzuverleiben und das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln wieder abzuschaffen. Ihnen scheint nicht in den Sinn zu kommen, daß der Westen mit der Konferenz von Helsinki, mit der Entspannungspolitik und mit dem Sirenenengesang vom »wahren« Sozialismus nur den einen Zweck verfolgt, den Boden für eine »friedliche« Übernahme zu bereiten. PH verfolgt mit großer Sorge, wie sich in den Intellektuellen- und Künstlerkreisen aus tiefer Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen illusionäre Vorstellungen breitmachen und wie dieses Wunschenken wesentlich durch die Aufwertung der

Romantik befördert wird. Er ist selbst ein entschiedener Gegner der Honeckerschen Politik. Doch müsse stets bedacht werden, was dagegen unter den gegebenen innen- und außenpolitischen Umständen machbar sei, ohne den Sozialismus leichtfertig zu gefährden. Eine verbreitete Denkrichtung setze jedoch gegen die unbefriedigende Wirklichkeit »die Utopie heute«: »Alles muß sofort gut sein, der Mensch muß sofort frei sein, die Kunst muß sofort subjektiv sein.«<sup>54</sup> Das sind Leute, »die sagen: Mich interessiert nichts Machbares, weder heute noch in hundert Jahren. Ich teile jetzt nur mit, was ich so wünsche.«<sup>55</sup> Politisch äußert sich das Wunschenken für PH vor allem in der Konzeption eines Dritten Wegs zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Viele DDR-Intellektuelle, die ehrlichen Herzens den Sozialismus verbessern wollen, glauben tatsächlich an die Möglichkeit, die positiven Seiten von Sozialismus und Kapitalismus miteinander zu verbinden. PH hält es für seine Pflicht, seinen Mitgenossen klarzumachen, was die Konzeption des Dritten Wegs in Wahrheit ist: eine äußerst gefährliche Illusion, die geeignet ist, eine Entwicklung einzuleiten, die in der Konterrevolution endet. Das geschieht exemplarisch in dem Aufsatz »Neues von Biermann« vom November 1976: »Gewiss ist die Vorstellung, man könne die Vorzüge des Sozialismus mit den paar noch übrigen Vorzügen des Imperialismus verbinden, angenehm. Aber sie ist, zur gegenwärtigen Zeit, eine ungebildete Vorstellung. Es ist der Wunsch nach einem schokoladenen Leninismus, und ein Lenin, der aus Schokolade wäre, würde schnell schmelzen.«<sup>56</sup> Dieser Aufsatz ist nach dem Interview mit Dollinger von 1968 der zweite Schlüsseltext von großer politischer Klarheit und Weitsicht. Doch das damalige Publikum liest nur die Zustimmung zu Biermanns Ausbürgerung. Die Warnung vor dem Dritten Weg und vor dem Irrglauben, nach dem Abgang von Honecker könne sich in Nachbarschaft zum BRD-Kapitalismus und freier Selbstbestimmung ein besserer DDR-Sozialismus etablieren, läuft ungehört ins Leere. Diese politische Sorglosigkeit kann mit Sicherheit auch auf Honeckers Generallinie des Stillhaltens zurückgeführt werden. Wer vom Gegner Geld haben will, kann ihn nicht als Gegner behandeln.

Große Hoffnung knüpft PH noch einmal an den Aufstieg von Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU am 11. März 1985. André Müller sen. berichtet am 25. März 1985 von einer »politischen Euphorie« bei Hacks: »Wir haben wieder einen Kaiser, und alles geht in Ordnung.«<sup>57</sup> Auch aus einem Brief von PH an seinen Bruder Jakob Anfang 1987 spricht noch eine große Zuversicht: »Gorbi, denke ich, ist sehr gut [...]. Er ist ein hochbegabter Schüler von Andropow, der ein hochbegabter Schüler von Ulbricht war, der ein hochbegabter Schüler von Stalin ... usf. Es gibt Zeiten für Revolutionen von oben, nun, hier ist eine. [...] Herr Breshnew war in der Tat ein vollständiger Idiot und ein Menschheitsschaden. Aber da der Sozialismus zusammenzubrechen nicht vorhat, war abzusehen, daß er sich aus der Breshnewschen Klemme wieder losmachen würde, und zwar auf genau die Art, auf die er es im Augenblick tut. Kurz, ich halte Gorbi für den richtigen Mann. Seine Handlungen zeigen, daß er richtig denkt.«<sup>58</sup> Freilich mischen sich Mitte 1987 in die Zuversicht schon Zweifel: »Die Stelle gegen die Gleichmacherei ist gut. Immer wenn Gorbatschow sich philosophisch oder soziologisch äußert, ist das von äußerster Gediegenheit. Aber [...] sobald er auf die konkreten wirtschaftlichen Maßnahmen zu sprechen kommt, den Umbau, wird er schwammig, unbestimmt und viel weniger präzise. Entweder weiß er wirklich noch nicht genau, was dabei herauskommt, oder er weiß es, sagt es aber noch nicht.«<sup>59</sup> Anfang 1989 muß sich PH eingestehen, daß er sich in Gorbatschow gründlich geirrt hat, daß dieser nicht der Retter des Sozialismus in der Sowjetunion, sondern dessen Zerstörer sein wird. In der DDR indessen glaubt man bis in die höchsten Kreise noch das ganze Jahr 1989 hindurch an einen Gorbatschow, der den Sozialismus verbessern will, und erkennt nicht, daß man auf das falsche Pferd gesetzt hat. André Müller sen. berichtet im Februar 1989: »Ich treffe tagsüber mit Funktionären aus dem Partei- und Kulturapparat zusammen. Sie sind alle, ohne jede Ausnahme, vollkommene Gorbatschowisten und denken völlig konterrevolutionär. Sie loben selbst den Westen uneingeschränkt und halten mich für borniert, als ich ihnen sage, sie hätten Illusionen wie Zwölfjährige. Ich lebte

schließlich in der Bundesrepublik. Aber solche Einwände wischen sie einfach weg. Sie wollen jetzt nur noch eine gorbatschowistische Umgestaltung der DDR.«<sup>60</sup> Mit Gorbatschow hat sich eine große Hoffnung als ungeheure Enttäuschung erwiesen. Da auch von der DDR-Politik keine Änderung zu erwarten ist, blickt PH mit Sorge in die Zukunft: »Der Apparat ist stark angekränkelt und teilweise verseucht, und es ist deshalb überhaupt nicht mit einer ideologischen Offensive von seiner Seite zu rechnen. Man wird den Leuten rasch noch einige materielle Vorteile verschaffen, einige ›Schnuller‹, aber sie nicht aus ihrer konterrevolutionären Haltung herauszuholen [sic!], wohin sie geraten sind, als man nach Ulbrichts Sturz begonnen hat, ideologische Arbeit durch materielle Geschenke zu ersetzen.«<sup>61</sup>

Nach 1989 wird die Restauration des Kapitalismus in der DDR schmerzliche Realität. PH hat die Rückkehr zum Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht für möglich gehalten. Er versucht Haltung zu bewahren und nicht in Verzweiflung zu versinken, indem er unentwegt weiterarbeitet, in seinem Hauptberuf als Dichter. Aber zunehmend drängt sich die Politik in den Vordergrund; denn auf zwei große Fragen sind Antworten zu finden: Wie konnte es zu der welthistorischen Niederlage des Sozialismus kommen? Was sind die Ursachen? Und welche Lehren sind aus der Niederlage zu ziehen? Was muß bei einem neuen Anlauf besser gemacht werden? PH widmet deshalb in den letzten dreizehn Jahren seines Lebens einen großen Teil seiner Arbeitskraft der Beschäftigung mit diesen Fragen. Zu verzeichnen ist ein breites Spektrum an Aktivitäten.

PH will zunächst ein »Ulbricht-Drama«<sup>62</sup> schreiben. Sarah Wagenknecht, mit der er in einem regen Briefwechsel steht, weiß davon und sammelt selbst in großem Umfang Material für ein »Ulbricht-Buch«.<sup>63</sup> Als sie dieses Vorhaben, das sie noch im Sommer 1993 zu Ende bringen will, ein Jahr später einstellt, übergibt sie PH Anfang Oktober 1994 ihre Materialsammlung. PH recherchiert auch selbst zu Ulbricht. Mit Lotte Ulbricht hat er schon Anfang 1989 gesprochen.<sup>64</sup> Am 8. Dezember 1994 trifft er sich mit Werner Eberlein, am 10. Januar 1995 mit Gerhard Schürer und am 11. Januar 1995 mit Alfred Neumann. Kernge-

danken der Gespräche werden jeweils auf drei Seiten aufgezeichnet.<sup>65</sup> Das »Ulbricht-Nationaldrama«<sup>66</sup> gelangt über Vorarbeiten nicht hinaus und wird schließlich aufgegeben.<sup>67</sup>

PH kommt seit seinem Biermann-Aufsatz 1976 in der Öffentlichkeit kaum noch vor, weil seine politischen Überzeugungen nicht gefragt sind. Eine Tribüne bieten allein die westdeutschen Zeitschriften *konkret* und *TransAtlantik*. PH veröffentlicht in den Jahren 1990 und 1991 vier große Essays: »Die wissenschaftliche Gesellschaft und ihr Herr Nachbar«<sup>68</sup>; »Der internationale Opportunismus in deutschen Reimen«<sup>69</sup>; »Unter den Medien schweigen die Musen«<sup>70</sup> und »Die Schwärze der Welt im Eingang des Tunnels«<sup>71</sup>. Besondere Beachtung verdient der Essay über die Funktion der Medien im Kapitalismus, da er seither an Aktualität noch gewonnen hat. Wichtig sind außerdem zwei Interviews: das Gespräch mit Frank Tichy, dem Redakteur des Magazins der Salzburger Elisabethbühne, am 4. November 1992<sup>72</sup> und das Gespräch mit Matthias Hering und Arnold Schölzel, veröffentlicht in der *jungen Welt* am 21. März 2003 unter dem Titel »Am Ende verstehen sie es«<sup>73</sup>. PH gibt sogar seine früher geübte Zurückhaltung auf und scheut sich nicht, unmittelbar politisch Partei zu ergreifen, wenn er es mit Kommunisten zu tun hat. Er unterstützt die Zeitschrift *offen-siv*, die von Frank Flegel, einem Mitglied der Kommunisten Plattform der PDS in Hannover, herausgegeben wird. Als die PDS 2002 der Zeitschrift die Trägerschaft kündigt, wird PH sogar Gründungsmitglied des neuen Trägervereins zur Förderung demokratischer Publizistik. Ebenfalls unterstützt mit eigenen Beiträgen wird der *RotFuchs*, eine Zeitschrift der DKP-Ortsgruppe Berlin Nordost unter der Leitung von Klaus Steiniger. Ende 1996 leitet PH mit der Zusendung seiner »Maßgaben der Kunst« einen Briefwechsel mit dem Historiker Kurt Gossweiler ein, der bis zu seinem Tode andauert und ein wichtiges Dokument seiner politischen Anschauungen ist.<sup>74</sup>

Im Oktober 2000 tritt er ein letztes Mal mit einer umfangreichen Analyse an die Öffentlichkeit: einer Rundschau marxistischer Ansichten zur Imperialismustheorie. Der Text, »Georg Nostradamus«, antwortet auf einen Artikel von Georg Fülberth,

gehört aber unabhängig davon zu einem großangelegten Vorhaben, ohne daß dieser Zusammenhang benannt wird. Wahrscheinlich plant PH seit 1998, sein jahrelanges Nachdenken über den Sozialismus und dessen Scheitern, über den gegenwärtigen Kapitalismus und über einen sozialistischen Neuanfang auf den Punkt zu bringen und in einer Buchpublikation zusammenzufassen. Das Vorhaben wird auch den engsten Vertrauten verschwiegen, wohl aus der Einsicht heraus, daß es niemals, nicht zuletzt wegen seiner Krebserkrankung, eine vorzeigbare Gestalt erlangen werde.<sup>75</sup> Erst durch eine Sichtung des Nachlasses ist das ganze Ausmaß des schon Geleisteten ans Licht gekommen. Das Deutsche Literaturarchiv Marbach verwahrt im Hacks-Nachlaß unter dem Haupttitel »Marxistische Hinsichten« ein Konvolut von elf Mappen »Vorarbeiten, Notizen, Exzerpte und Materialsammlung«. Darin enthalten sind Vorschläge für den Titel des Buchs, Entwürfe für das Vorwort, zwei Hauptdispositionen und mehrere Unterdispositionen sowie eine Vielzahl von Blättern unterschiedlichen Formats mit handschriftlichen Eintragungen, die meist den einzelnen Gliederungspunkten zugeordnet sind. Die Eintragungen auf den Blättern reichen von einzelnen Stichworten bis zu Ausarbeitungen über eine Seite. Hinzukommen Kopien aus Büchern und Zeitschriften, die mit Unterstreichungen und Randbemerkungen versehen sind. Die »Marxistischen Hinsichten« sollten aus drei Teilen bestehen: *I. Geschichte der Herrschaft des Soz[ialismus]*; *II. Geschichte der Konterrevolution*; *III. Herrschaft des Monopolkapitals*. Die Texte erlauben, auch wenn sie nur zum geringen Teil ausformuliert wurden, einen wertvollen Einblick in das politische Denken von PH am Ende seines Lebens. Gleichsam als das letzte Wort sind sie für die Hacks-Forschung ein Schatz, der noch gehoben werden muss. Auch die vorliegende Ausgabe kann nur Auszüge bringen.

Der erste Gegenstand der Analyse ist Walter Ulbricht. Schon auf einem Blatt, das auf den 28. Oktober 1989 datiert ist, bringt PH zum Ausdruck, welche Haupteigenschaften er an Ulbrichts DDR geschätzt hat: »Die Experimentierphase des Sozialism. | Ich liebe keine Experimente, an deren Ende ein Müllhaufen steht: Ich liebe das ungarische Experiment nicht. Richtig ist:

von Fehlschlägen lernen, sie zu vermeiden, von Erfolgen lernen, sie nachzuahmen. | Gäbe es ein soz. Land, worin – Wirtschaft, die es unter die ersten Industrieländer führt – Leistungsprinzip stark verwirklicht, hoher Rang der Intelligenz – optimale Betriebs- und Eigentumsformen – Konzentration auf Zukunftsindustrie – keine Schulden: Devisenüberschuß – Kunstblüte – Einigkeit über Marxismus – Leninismus, bei Duldung anderer Einflüsse und kräftige Bündnispolitik: von dem ausschließlich müßte gelernt werden. | Die Rede ist von Ulbrichts DDR.«<sup>76</sup>

Warum wird diese Persönlichkeit entmachtet, fragt sich PH? Ein Grund ist bekannt. Die Führungsmacht Sowjetunion hat Ulbrichts These vom Sozialismus als einer langandauernden eigenständigen Gesellschaftsformation als Angriff auf ihr Epochenverständnis empfunden und abgelehnt. Den zweiten wichtigeren Grund bringen die jetzt zugänglichen Akten ans Licht. Die sowjetische Führung hatte Ende der sechziger Jahre beschlossen, zur Erhöhung der Produktivität ihrer Wirtschaft und des Lebensstandards die materielle Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch zu nehmen. Um über gute Beziehungen wirtschaftliche Hilfe zu bekommen, machte sie ein weitreichendes politisches Zugeständnis, auf Kosten ihres engsten Verbündeten. Die BRD ist bereit, die bestehenden Grenzen zu respektieren und auf deren Änderung mit Gewalt zu verzichten, will sich aber eine Änderung des Status quo in Deutschland mit friedlichen Mitteln von innen heraus offenhalten. Deshalb besteht sie auf dem Ziel einer friedlichen Wiedervereinigung, natürlich auf kapitalistischer Grundlage, und lehnt die völkerrechtliche Anerkennung der DDR ab. Ulbricht seinerseits fordert diese Anerkennung und eine gleichberechtigte Teilnahme an den Verhandlungen mit der BRD. Damit steht er dem neuen sowjetischen Kurs im Wege. Am 12. August 1970 bei der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages übergibt Bundespräsident Scheel seinem sowjetischen Amtskollegen den »Brief zur deutschen Einheit«, der das politische Ziel bekräftigt. Indem die sowjetische Führung den Brief annimmt und so stillschweigend akzeptiert, verzichtet sie darauf, dem Einverleibungsbestreben der BRD einen völkerrechtlichen Riegel

vorzuschieben. Honecker steht als williger Gefolgsmann bereit, den neuen sowjetischen Kurs mitzutragen, obwohl ihm das Ziel der neuen Bonner Ostpolitik und deren Gefährlichkeit gerade für die DDR sehr wohl bewußt ist. Dafür darf er Ulbricht zum Rücktritt zwingen und selbst die Macht übernehmen. Auch bei den weiteren Verträgen, dem Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 und der Schlußakte der KSZE-Konferenz von Helsinki vom 1. August 1975, folgt Honecker ohne Widerspruch der sowjetischen Linie, obwohl der Korb III der Schlußakte »Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen« die DDR zunehmend in Schwierigkeiten bringen wird. Die Führungsmacht wird ihm diese Bündnistreue nicht danken. Sie wird mit ihrem treuesten Verbündeten ein falsches Spiel treiben und ihn aus Eigeninteresse skrupellos fallen lassen.

Die sowjetische Führung knüpft an ihre Entspannungspolitik die Erwartung, daß das kapitalistische Lager sich für die politischen Konzessionen dankbar erweist und den Sozialismus nicht mehr abschaffen will und daß somit die sozialistischen Länder für alle Zukunft unbehelligt in friedlicher Koexistenz neben den kapitalistischen Ländern existieren können. PH hält das für einen verhängnisvollen Irrtum; denn Entspannung ist »nicht Frieden, höchstens Abrüstung« und kann »nur mit einer klaren Entscheidung sich erledigen; einer muß triumphieren, einer untergehn.«<sup>77</sup> Was von der Sowjetunion als großer Erfolg gefeiert wurde, ist für ihn der Anfang einer Selbstaufgabe, der Beginn einer Entwicklung, die unter Gorbatschow schließlich in den Untergang des Sozialismus mündet und die DDR mit in den Abgrund reißt. In einem Manuskript aus dem Nachlaß mit der Überschrift »Vorwort 1990« stehen die Eintragungen: »Die Mythe vom gescheiterten Sozialismus. Der Sozialismus ist in keinem Land durch die Praxis erledigt, außer in Rußland. Rußland leider von den soz. Ländern das mächtigste und außerdem mit Amerika verbündet: hatte die Macht, seinen Niedergang (auf uns auszudehnen, weltweit durchzusetzen). Kein anderes soz. Land scheiterte, alle anderen wurden gescheitert. [...] Die Honecker-Ära war die erste Etappe der Konterrevolution, von Rußland erzwungen auch sie. Es gibt keinen Zusammenbruch

des Sozialismus. Es gibt ausschließlich den Zusammenbruch des Sozialismus in der Sowjetunion. (Allenfalls in Polen). [...] Gorbatschow der größte Friedensfeind? Klar, weil er die Friedensfrage vertrauensvoll in die Hände des Imperialismus legt (= Kautsky) und dem die Welt überreicht. [...] Es steht fest, daß Honecker seine zwei wichtigsten Verbrechen – Ulbrichts Sturz und die Unterwerfung von Helsinki – unter russischem Zwang beging. Das nämliche offenbar gilt von einer noch unabsehbaren Vielzahl seiner sonstigen Missetaten.«<sup>78</sup> Schon im Gespräch mit Tichy vom November 1992 heißt es: »Der Honecker hatte aus der Sowjetunion Befehl, den er möglicherweise auch sogar freiwillig befolgte, er muß diese sogenannte Koexistenz- und Friedenspolitik machen, diesen Helsinkikram.« Und weiter unten: »Die Russen haben sich nicht benommen hier, wie in einem Lande, das sie zu einem sozialistischen Brudervolk machen wollen, sondern sie haben es immer behandelt wie ein Faustpfand für den Westen.«<sup>79</sup>

Die Hauptverantwortung für den Untergang des Sozialismus, das steht für PH fest, trägt das Mutterland. Das Politbüro der KPdSU stand vor der Aufgabe, die Wirtschaft in Ordnung zu bringen, nicht nur im militärischen Bereich, sondern in der gesamten Volkswirtschaft die wissenschaftlich-technische Revolution zu meistern und mit neuen Methoden der Planung und Leitung eine hohe Produktivität zu organisieren. Hierfür hätte es den Weg der von Ulbricht eingeleiteten Reformen beschreiten müssen als den einzig gangbaren mit Aussicht auf Erfolg. Doch dazu war es weder willens noch fähig. Das Versagen der Führungsmacht, erst unter Breshnew und dann unter Gorbatschow, mindert nicht die Verantwortlichkeit der Führung der DDR, insbesondere der Person Erich Honeckers: »Honecker auf dem VIII hatte dem Soz das Genick gebrochen, tatsächlich glaubte er, ihn gerettet zu haben. Er unterordnete alles der Koexistenzpolitik, traf aber Vorkehrungen für die Folgen. Er schenkte Geld für Investitionen den Leuten (so als hätte Ulbricht nicht gewußt, wie es den Arbeitern betr. Mehrwert ging). Gab ideolog. Institutionen (Akademie, Verbände) der Bourgeoisie frei, setzte aber einen Stasi an Leitung. Gab Kunst | Wissenschaft

frei, hielt aber in Schulen am Soz fest. Er rechnete sogar mit KR [= *Konterrevolution*], die er entfesseln würde, erweiterte aber Zahl der Stasimitarbeiter – die Zahl, keineswegs das Bewußtsein. Partei 2 Mio, Stasi brachte auf (100 T?), vielleicht wäre ihm lieber gewesen umgekehrt. Er durchlöchernte die Mauer, die er selbst gebaut hatte, gegen politische und finanzielle Trinkgelder. Er quälte und demütigte die Spezialisten, unterstellte die Intelligenz dem Apparat und die prolet. Intelligenz, die Schicht der Vorarbeiter und Meister den dummen Arbeitern und den Karrieristen. Man kann sagen, Mitte 80-er war DDR hirntot. Aber all das tat er sehenden Auges. Er verstand es nicht besser.<sup>80</sup> Honecker »ist die erste Etappe der KR: Helsinki, Abbau des marx. Denkens, die ›Vertragsgemeinschaft‹ mit der SPD, aufgehörte Produktivität, Emigrationsrecht in den Imp[= *erialismus*]«. <sup>81</sup> Anstatt die anstrengende Wirtschaftsreform fortzuführen, setzt er wie schon die Sowjetunion auf die Hilfe aus der BRD, die ihn zunehmend wirtschaftlich und politisch erpreßbar macht und am Ende in die Knie zwingt.

Die entscheidende Ursache für den Erfolg der Konterrevolution in der DDR muß darin gesehen werden, daß – wie es im Dollinger-Interview heißt – »eine Revolution, wie die sozialistische, bei weitem noch nicht alles an den Tag gebracht hat, was an Produktivität in ihr steckt«. <sup>82</sup> Darüber ist sich PH völlig im klaren. Der Rückstand in der Produktivität zum reichen Nachbarstaat BRD reicht allerdings für sich nicht aus. Es muß das Verlangen hinzukommen, die politischen Verhältnisse zum vermeintlich Besseren hin zu verändern. Dieses Verlangen muß erzeugt werden; und es läßt sich umso leichter erzeugen, wenn die Möglichkeit eröffnet wird, die Vorzüge des Sozialismus mit den Vorzügen des Kapitalismus zu verbinden. Weil die mangelhafte Produktion von Reichtum als die entscheidende Ursache feststeht, braucht sie in der Erforschung der Niederlage keine Rolle mehr zu spielen. PH beschäftigt sich bei seiner Analyse der Konterrevolution vor allem mit Ideologie und mit den Personen und Institutionen, die Ideologie verbreiten. Gefragt ist diejenige Ideologie, die am meisten die Konterrevolution begünstigt hat. Und das ist für PH eindeutig, wie schon 1976 be-

fürchtet, die Konzeption eines Dritten Wegs, die vor allem von Angehörigen der gesellschaftswissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz vertreten wird. Nicht daß diese die Konterrevolution gemacht hätten. Ihnen wird auch nicht unterstellt, daß sie in den Kapitalismus zurückbringen wollten. Mit ihrer illusionären Wunschvorstellung haben sie jedoch der Konterrevolution als geistige Wegbereiter und Türöffner gedient, haben sie auf geistigem Gebiet eine Entwicklung eingeleitet, die am Ende zur Restauration des Privateigentums an den Produktionsmitteln geführt hat. Schon im »Vorwort 1990« heißt es: »Der schädliche Gysi-Mist vom 3. Weg. Es gibt nur SED oder CDU. [...]. Der Sozialismus ist nicht widerlegt, er ist bloß besiegt. Was für alle Zeit widerlegt ist, ist der Dritte Weg.«<sup>83</sup> Für die »Marxistischen Hinsichten« war im Teil II eine großangelegte »Geschichte der Konterrevolution« geplant, die sich ausschließlich – Die Einwirkung von außen war vorausgesetzt – mit der »Selbstauflösung des Sozialismus« beschäftigen sollte. Die Texte, die sich dem Teil II zuordnen lassen, gehören zu den am meisten ausgearbeiteten. An ihnen fällt auf, daß PH an der Konterrevolution die zentrale Planung und Durchführung durch wenige führende Personen als das Entscheidende hervorhebt: »Wer hat die Konterrev. i. d. DDR gemacht? Wer hat die und die Rev. gemacht? Sagen Sie bitte nicht: Die Produktivkräfte. Die Pr. stehen nicht im Adreßbuch. Sagen Sie auch nicht: eine Klasse oder eine Partei. Die Sachen entstehen aus Klasseninteressen, bewegen sich fort in (umschlagenden) Stimmungen. Aber einer muss sie wollen, planen, in Gang setzen und lenken, leiten | Konterrev. in DDR: Gorbatschow (und Markus Wolf, dann Modrow und Gysi) [...]. Das Unglück: es geschah im Ideologie- und Machtzentrum des Soz: SU. Erst Chruschtschow. Dann Gorbatschow. Die Konterrev. in der DDR ist nicht nur eine von oben – geleitet und durchgeführt in Parteispitze – sondern eine von ganz oben: angeordnet im Kreml. Wie gut oder schlecht immer die DDR beschaffen war – und sie war nicht gut beschaffen – jedes soz. Land, das G. unterstellt war, hatte die KR auf G.s Befehl vollzogen und hat es, außer China, Korea und Kuba, die G. nicht unterstellt waren. [...] Die Kon-

terrevolution siegte (weltweit). Aber wie? – Unvorhersagbar für jeden: nämlich durch Selbstauflösung. Durch Gorbatschow. Vermöge der Partei. Von oben. – Ich weiß den Grund nicht. Das Geheimnis der Geschichte bleibt eines trotz Gossweiler. Mutmaßungen: Kaukasus, Rauschgift, Schmuggel. – Mein Verdacht: KGB. – Wie Gorbatschow die Partei absetzt. – Vorarbeit. Von den beiden Gysis den Eltern, Kirchenstaatssekretär. – Höhepunkt Hoffmann. – Unsere Revisionisten taten, was zu tun Stalin seine Revisionisten gehindert hatte.«<sup>84</sup> Die Restauration des Kapitalismus scheint in der Sicht von PH von Anfang bis Ende mit Absicht geplant und durchgesetzt von ganz wenigen Personen, von Gorbatschow, Krenz, Gysi, Modrow und anderen kleineren Kalibers. Natürlich weiß PH, daß diese Personen ursprünglich etwas anderes im Sinn hatten; denn auch Gorbatschow gesteht er zu, anfangs nur Reformen gewollt zu haben: »Gorbatschows Verrat war ursprünglich nur einer dieser unzähligen Neuen Kurse, die alle scheiterten und eben noch zurückgenommen werden konnten. 100 Blumen, Neuer Kurs 53, Tauwetter etc etc. Die waren sämtlich undialektisch gedacht: Änderung (Reform!) war nur vorstellbar nach hinten, zu Amerika. Nur Ulbrichts 60er Jahre waren begriffen als Änderung nach vorn.«<sup>85</sup> PH weiß auch, daß eine Konterrevolution nicht allein von großen Persönlichkeiten gemacht werden kann, daß viele einwilligen und mitmachen mußten; denn gerade dieses massenhafte Mitmachen wirft das Problem auf, wie es dazu kommen konnte. Stephan Eggerdinger bittet PH Ende 2002 um eine Würdigung für Kurt Gossweiler, der noch strenger und schärfer die Konterrevolution auf das von langer Hand geplante Handeln einzelner Persönlichkeiten zurückführt, die mit voller Absicht den Kapitalismus restaurieren wollten. Die Absage ist ein Dokument der Ratlosigkeit: »Und das Phänomen des Revisionismus, wie fortgesetzt wir über es nachdenken und wie nah wir ihm in tausend Punkten mühelos kommen, haben wir nicht gelöst. So viele Lösungen wir haben, aber wir haben die Lösung nicht. [...] Die Selbstauflösung der Partei und aller anderen Institutionen der DDR erfolgte auf Grund direkter Befehle Gorbatschows an jeden einzelnen Verantwortlichen. Es versteht

sich, daß eine Konterrevolution so sich leicht machen ließ. Was sich schwerer versteht, ist, daß nicht nur die meisten diesem Judas gehorchten, sondern alle. | Ich will sagen: ich bin mit dem Thema nicht im reinen und mag es nicht anschneiden.«<sup>86</sup>

Der nächste große Gegenstand der Niederlagenanalyse in den »Marxistischen Hinsichten« ist die Rolle der Arbeiterklasse. PH, der darüber schon immer anders dachte als der ML des Lehrbuchs von 1960, das aber in der DDR-Öffentlichkeit nicht verhandeln wollte, läßt jetzt seinen Überlegungen freien Lauf. Sie gehen davon aus, daß keine andere Klasse ein so starkes Interesse am Sozialismus hat wie die Arbeiterklasse: »Die Arbeiterklasse hat mit dem Soz das zu tun – die einzige, die den Soz machen kann (falls es gelingt, sie zu überreden) – die einzige, die ausser im Soz keine Möglichkeit hat, es zu etwas zu bringen (allenfalls als Arbeiteraristokraten und Mit-Ausbeuter der anderen Kollegen und Ausländer) – die einzige, deren Diktatur keine weitere ausgebeutete Klasse mehr folgen kann (außer vielleicht die Inder oder die Neger. Oder die Arbeitslosen. Oder die Hilfsarbeiter und armen ungelerten oder der Einzelhandel – deklassierte aus allen anderen Klassen), – deren Gefecht das Letzte sein könnte.«<sup>87</sup> Ohne Arbeiterklasse wird es mithin keine neue Revolution und keinen neuen Sozialismus geben. Was ihr seit Marx als historische Mission aufgetragen ist, die Menschheit in den Sozialismus und dann in den Kommunismus zu führen, scheint sie jedoch nicht leisten zu können. Für den Aufbau des Sozialismus sind die Arbeiter ein unverzichtbarer wichtiger Faktor; aber dabei eine führende Rolle spielen können sie nicht, weil ihnen die notwendigen intellektuellen Fähigkeiten fehlen würden. Ihr Verhalten in den Jahren 1989 und 1990 ist ein deutlicher Beweis:

»Die Arbeiter der DDR | Es wählten die CDU, von der sie glauben, sie werde die industrielle Produktion und das Warenangebot verbessern; denn diese Partei verfügte über die ihrer Erfahrung nach für beides erforderliche Sorte von Geld. Sie kauften sich Autos und Gruppenreisen ans Mittelmeer. Nichts hieran war falsch. Nichts hieran war Verrat, es war alles nur praktisch. | Blitzschnell fanden sie (dann) heraus, daß, abge-

sehen von den Autos und den Gruppenreisen, ihre Überlegung zu kurzfristig war. Woran sie nicht gedacht hatten: Arbeitslosigkeit für die meisten, verdoppelte Arbeitsmenge für die, die Arbeit behielten. Enteignung von allem, was sie besaßen: vor allem des Volkseigentums, Enteignung ihrer Partei, Enteignung der Hälfte ihres Ersparten, Enteignung ihrer Häuser, Grundstücke und Datschen. Entrechtung ihrer Frauen und (bildungsbedürftigen) Kinder. [...] Die Arbeiter der DDR haben CDU gewählt und sich Autos gekauft. Sind sie vom Sozialismus abgefallen? | Wahr ist: Niemand hat das Proletariat um Hilfe gebeten. Auch wahr ist: Das Proletariat hat niemandem seine Hilfe angeboten. [...] Es ist kein Verlaß auf die Arbeiter, deren Art, praktisch zu sein (in Nazi-Zeit nix PG in Konterrev nix Streik) ziehen immer Spatz der Taube vor – wohl wissend, daß nix an ihm dran ist. | Wo ein Arbeiter ist, ist die Partei: Blödsinn. Wo ein Arbeiter ist, ist selten das Kapital, und es ist äußerst nützlich die stillschweigenden Verabredungen dieser Klasse für einen zu haben. | Gar kein Interesse weder für Wahrheit (Theorie) noch für Moral (Ehre).«<sup>88</sup> Der Arbeiterklasse fehlt nach PH nicht nur das geistige Vermögen zur Führung; sie kann auch deshalb keine Führungsfunktion ausfüllen, weil sie in sich gespalten ist in eine fleißige kluge und faule dumme Abteilung: »Am Arbeiter im Soz neu: daß jeder Arbeiter, der es vermag, gelernt und Facharbeiter ist, und daß Klasse zerfällt in geschickt und ungeschickt, ausgebildet und nicht ausgebildet: klug und dumm. Da viel eigene Schuld, nicht Schicksal von außen, sind diese Gruppen auch emotional antagonistisch. [...] Ein Arbeiter im Soz wird vorziehen, mehr Lohn zu bekommen. Den kann er sich vom Staat versprechen. Den kann er sich von höherer Produktivität, der Intelligenzklasse, versprechen und von Apparat = Arbeiterdemokratie, Herrschaft der Pfortner. Ein Sozialist ist er nur im Fall 1, im Fall 2 und 3: Oppositioneller. Zumal er alle sozialen Vorteile des Soz: Rechte, Urlaub, Wohnung, Kindergarten, kostenlose Erziehung für Selbstverständlichkeiten nimmt. | Es ist eine Klasse, mit der ich versuchen würde, es mir nicht zu verderben, aber keinesfalls eine, auf die ich mich wollte stützen müssen.«<sup>89</sup> Wenn PH der Arbeiterklasse für sich genommen die Führungs-

fähigkeit abspricht, kann er sich auf Lenin berufen: »Lenin: Ein Arbeiter kann keinen Staat regieren. Moral der Arbeiter nicht wunderbar entstanden. Arbeiter interessieren sich (als Klasse und Masse) nicht für Politik, haben aber einen außerordentlichen Selbsterhaltungsinstinkt und aus Erfahrung gelernt, sich aus Kriegen über ihren Köpfen herauszuhalten. So in Polen so bei Konterrev. in DDR. Sie haben wahrscheinlich CDU gewählt; sie haben SED lustlos verteidigt, aber an nicht einem Streik teilgenommen, zu dem das neue Forum aufgerufen hatte | vergeblich. [...] Die Arbeiter sind immer praktisch, die Intellektuellen sind möglicherweise verlässlich. Für sich gelassen sind jene Gewerkschafter, diese Spinner. Allein auf der richtigen Weise der Zusammenarbeit beider (Klassenseelen), lehrt Lenin, kann eine revolutionäre Strategie beruhen. Die Arbeiter aus sich hätten die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus nicht entwickelt, und ohne die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus keine sozialistische Revolution und keine sozialistische Gesellschaft.«<sup>90</sup> Der ML hat immer mit größter Entschiedenheit darauf bestanden, daß die Arbeiterklasse als Klasse in ihrer Gesamtheit die einzig wirklich revolutionäre und zur Führung befähigte Kraft ist – und nicht nur deren »revolutionäre Vorhut« in Gestalt der marxistisch-leninistischen Partei. Auf der anderen Seite wurde von Gegnern und »Reformern« des Sozialismus der Arbeiterklasse als Ganzes diese Qualität grundsätzlich aberkannt. Vor allem aus den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution leiteten sie die Forderung ab, die führende Rolle in der sozialistischen Gesellschaft auf die Intelligenz zu übertragen. Der ML sah in dieser Forderung einen Generalangriff auf die Grundfesten des Sozialismus und wies sie kategorisch zurück: »Die Arbeiterklasse bringt die Kraft hervor, die Initiative großer Kollektive so mit den Fähigkeiten der Begabten und Talentierten zu vereinigen, daß Höchstleistungen keine Ausnahme bleiben. Die führende Rolle der Arbeiterklasse in der sozialistischen Gesellschaft muß daher auch den Angehörigen der Intelligenz konsequent und zugleich kameradschaftlich zu Bewußtsein gebracht werden.«<sup>91</sup> PH sieht in diesen Aussagen zur Arbeiterklasse als Ganze eine Idealisierung, die der Wirklichkeit nicht standhält.

Die Wirtschaft kann nicht von Arbeitern geleitet werden; sie muß unter der Leitung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz stehen. Damit wird der Partei der Arbeiterklasse nicht das Recht genommen, auch in der Wirtschaft eine Wächterfunktion auszuüben. Sie soll überhaupt nicht abgeschafft werden. Gerade das wirft PH Gorbatschow als verhängnisvollen Fehler vor: Gorbatschow hatte »die einmalige Chance, den Apparat so zurechtzustutzen, wie es notwendig ist, stattdessen versucht er, ihn abzuschaffen.«<sup>92</sup> PH reiht sich auch nicht in den Chor derjenigen ein, die aus schwerer Enttäuschung für die Arbeiterklasse nur noch Verachtung übrighaben und sie für eine zukünftige revolutionäre Entwicklung völlig verlorengelassen: »Sie ertragen schweigend die Leiden des Daseins, so wie es die Klasse des Proletariats seit Jahrhunderten gewohnt ist, stehen aber, schweigend, für neue Unternehmungen des Klassenkampfes zur Verfügung.«<sup>93</sup>

Den Höhe- und Endpunkt in den »Marxistischen Hinsichten« bilden Aussagen über den Sozialismus als Alternative zum Imperialismus. Wie muß der Sozialismus beschaffen sein, um im Konkurrenzkampf der Systeme bestehen und schließlich seine Überlegenheit erweisen zu können? PH bekräftigt eingangs seine frühe Erkenntnis, daß Ulbricht mit dem Neuen Ökonomischen System des Sozialismus den einzig erfolgversprechenden Weg gewiesen hat. Das wird jetzt in hohen Tönen gewürdigt: »Wenige haben wahrgenommen, daß Walter Ulbricht eine vollständige Theorie des Sozialismus vorgelegt hat, und zwar eine durchaus neue und wahrscheinlich abschließende. | Als sie fertig war, gelang ihnen schon, sie aus dem Vordergrund des Bewußtseins zu verdrängen, kurz darauf Honecker, der im Austilgen von Wahrheiten und solchen, die sie wußten, frech und gnadenlos operierte, und wieder darauf Gorbatschow, der Honecker mitsamt seiner DDR an den Kapitalismus abtrat. Ulbricht, dessen Denken ohnehin nicht leicht nachzuvollziehen war, wurde der Öffentlichkeit bis heute vorenthalten.«<sup>94</sup> PH bestätigt weiterhin das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln als unabdingbare Voraussetzung für den Sozialismus; denn allein die Vergesellschaftung ermöglicht den

entscheidenden Vorzug gegenüber dem Kapitalismus: die Umverteilung des Mehrwerts in einem gesamtgesellschaftlichen Interesse: »Ulbricht: [Soz] Wie Imp, aber anders. Ökonomisch: kann Mehrwert umverteilen, Waren mit wenig oder ohne Mehrwert herstellen [...] Was A. Smith nicht denken konnte: Wenn Eigentum Gemeineigentum, verfügt es die Fähigkeit, Mehrwert, der aus einem Produkt gewonnen, dem aus einem anderen zuzuschlagen, vulgo, eines wäre zu billig zu verkaufen, ein anderes zu teuer, ohne Schaden für die Gesamtbilanz.«<sup>95</sup> Die Möglichkeit der Umverteilung hat, wie PH einräumen muß, auch schädliche Auffassungen begünstigt. Man sprach vom Primat der Politik auch in der Wirtschaft und leitete daraus das Recht ab, sich über elementare ökonomische Regeln hinwegzusetzen und nicht in jedem Fall zu effektivem Wirtschaften verpflichtet zu sein. Ulbricht ist dieser im Parteiapparat durchaus nicht seltenen Denkweise immer entgegengetreten. So beklagt er in einer Rede auf der Bezirksdelegiertenkonferenz in Leipzig: »Die These vom Vorrang der Politik hat zeitweise auch bei uns dazu geführt, daß die politische Zielstellung und bestimmte Wünsche bei der Festlegung der ökonomischen Aufgaben vorherrschten, daß die Pläne nicht immer ausreichend technisch und ökonomisch begründet waren, daß sie nicht immer den materiellen Möglichkeiten entsprachen.«<sup>96</sup>

Das gesellschaftliche Eigentum ermöglicht nicht nur die Umverteilung des Mehrwerts; es bietet auch die Möglichkeit zu einer anderen Weise der Produktion. Im Gegensatz zum Kapitalismus, in dem jeder Unternehmer mit allen Mitteln nach maximalem Profit streben muß, kann die Wirtschaft im Sozialismus sich leisten, auf den Gebrauchswert der Produkte auch dann zu achten, wenn dessen Herstellung dem Verwertungsprozeß zuwiderläuft, und bestimmte Bereiche wie z. B. das Gesundheitswesen ganz von der Verpflichtung, Gewinn zu erwirtschaften, auszunehmen: »Profite soz. Staats, wenn er will, sind Extraprofite. So möglich, Gebrauchswert zu finanzieren.«<sup>97</sup> PH legt mit Ulbricht großen Wert darauf, daß im Sozialismus nicht nur umverteilt, sondern auch anders produziert werden kann. Deshalb wird die Konvergenztheorie abgelehnt, die eine

Gleichheit der Produktion in beiden Systemen behauptet und einen Unterschied nur im Eigentümer sieht. Dabei wird auch angemerkt, daß Lenin in den Jahren 1918 bis 1920 Formulierungen gebraucht, die in Richtung Konvergenztheorie zu gehen scheinen. Wenn Lenin von der Gleichheit von Sozialismus und Imperialismus spricht, verfolgt er jedoch, wie PH erkennt, ein besonderes Anliegen: Er möchte die junge Sowjetwirtschaft dazu bringen, so effektiv und gewinnbringend zu produzieren wie die deutschen Kapitalisten. Was nur betriebswirtschaftlich gemeint ist, kann freilich als wirkliche Gleichheit mißverstanden werden. Ulbricht wird dafür gelobt, dieses Mißverständnis ausgeräumt zu haben. PH hebt mehrfach als Ulbrichts große Leistung hervor, weniger mißverständlich als Lenin die Unterschiede in der Weise des Produzierens zwischen Imperialismus und Sozialismus herausgearbeitet zu haben: »Konvergenz. Ist der Soz dasselbe wie Stamokap bei nur andern Eigentümern? Lenin mißverständlich [*hs. eingefügt*: nur betriebswirtschaftlich gemeint]: Ja. Ulbricht: Keineswegs.«<sup>98</sup> Und noch deutlicher: »(Zentren seiner [= *Ulbrichts*] Tätigkeit: Kritik des Imp und: den Soz vom Imp – gegen Lenin – zu unterscheiden. Die Grundvoraussetzung, daß der Soz Überbau derselben Prod. Verhältnisse | Kräfte sei wie des Imp wurde einer harten Kritik unterzogen angefochten und, wo es nötig war, fallen gelassen. Viele Produktivkräfte sind gleich oder ähnlich, aber in ihrem Gesamt sind die grundverschieden.«<sup>99</sup> Und zusammenfassend: »Ulbricht sagt: – Der Soz ist eine langdauernde | langandauernde, relativ selbständige Gesellschaftsepoche. – wie Lenin auch: der Soz ist der Imp, wenn | sobald der von der Arbeiterklasse geleitet ist. Aber, über Lenin hinaus, sagt Ulbricht: Der Soz ist der Imp unter Leitung der Arbeiterklasse, woraus qualitative inhaltliche Unterschiede sich ergeben! [...] Mit diesen 2 Sätzen des Marxismus ist Ulbricht ein Klassiker, oder ich kann keinen Klassiker von einem Schaumschläger unterscheiden.«<sup>100</sup>

Beim gesellschaftlichen Eigentum vertritt PH hinsichtlich des Umfangs eine andere Meinung als Marx und Engels. Der Sozialismus sollte nicht danach streben, die Gesellschaft »zur Herrin

der sämtlichen Produktionsmittel«<sup>101</sup> zu machen, weil sich in der Praxis gezeigt habe, daß Klein- und Reparaturbetriebe besser in Privateigentum funktionieren. PH ist im Sommer 2000 im Zuge seiner Imperialismus-Studien bei der Lektüre von Lenin, Luxemburg und Bucharin auf die Begriffe »reiner Imperialismus« und »dritte Personen« gestoßen. Schon Marx kennt im »Kapital« »dritte Personenrubriken«<sup>102</sup>, d. h. Bevölkerungsschichten außerhalb der Hauptakteure der kapitalistischen Produktion; denn er weiß sehr wohl, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht nur aus Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht. In seiner Kapitalismus-Analyse spielen jedoch die »dritten« Schichten keine zentrale Rolle, da er sich aus methodischen Gründen auf die beiden Hauptakteure konzentriert. Rosa Luxemburg hält das für grundfalsch. In ihrer Schrift »Die Akkumulation des Kapitals« von 1913<sup>103</sup> spielen die »dritten Personen« eine wichtige Rolle; denn sie sichern mit ihrem Konsum den Fortbestand des Kapitalismus. Als »reiner Imperialismus« ohne die »dritten Personen« würde er nicht überleben können. PH übernimmt den Begriff der »dritten Personen« aus der Imperialismus-Analyse und benutzt ihn für eigene Zwecke zur Bezeichnung von Berufsgruppen in einer sozialistischen Gesellschaft, die als Handwerker und kleine Warenproduzenten im Besitz von Privateigentum sind. Er hält deren Tätigkeit und Fortbestand als kleine Unternehmer zum guten Funktionieren des Sozialismus für unentbehrlich. Zwar gehörten sie nicht zu den Hauptakteuren des Sozialismus; mit ihren Produkten und Dienstleistungen würden sie jedoch für das Wohlbefinden der Bevölkerung sorgen; und Wohlbefinden sei eine wesentliche Produktivkraft. PH geht sogar so weit zu behaupten: »Der Soz hat viel weniger Gründe zu Katastrophen als der Imp. Ob er besser funktioniert, hängt ab vom Grad der Einbeziehung der dritten Personen.«<sup>104</sup> Der Marxschen Doktrin folgend, hat das kleine Privateigentum an Produktionsmitteln in der Theorie des Sozialismus keinen guten Stand. Es zählt zu den »Muttermalen« des Kapitalismus, die es für den vollständigen Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse zu beseitigen gilt. Ulbricht ist für PH wiederum unter den sozialistischen Politikern die große Ausnahme; er hat sich dem Drängen der

Sowjetunion stets widersetzt und die Enteignung der »dritten Personen« abgelehnt: »Anwendung bei Ulbricht: für unreinen Soz; neben Soz, Imp, muß fortexistieren Kap, Feud. und kl. Warenproduktion. Sein theoretischer Satz: Außer Produzieren ist auch das Funktionieren der produzierenden Gesellschaft eine Produktivkraft und ein Produktionsziel! | Idee der DDR: 3. Personen züchten | sucht und vermehrt mittels erheblicher Steuervorteile Handwerksberufe, die im Begriff auszusterben, Korbflechter, Etuimacher etc. Ihre Funktion | Geld unerheblich als Kapitalisten, ebenso unerheblich als deren Kunden. (Was sie allein akkumulieren ist ein gewisser Frohsinn.)«<sup>105</sup> PH nennt einen Sozialismus, der kleines Privateigentum an den Produktionsmitteln in bestimmten Bereichen dauerhaft für lebensnotwendig erachtet, der »neben dem Markt der soz. Produktion« auch einen »Markt der 3. Personen«<sup>106</sup> zuläßt, keinesfalls abwertend »unreinen Sozialismus«. Der »unreine Sozialismus« als der einzig funktionsfähige: Das ist für PH eine weitere große theoretische Leistung Ulbrichts. Die sozialistische Theorie verdanke ihm die »Entdeckung: daß der reine Imp – und der reine Soz – außerstande, eine Gesellschaft und Ökonomie zu täglichem Leben zu befähigen«. Deshalb notwendig: »Ökonomische Toleranz | Ulbricht: Kapitalism darf nicht entstehen, alles andere – Laissez faire«. Dagegen die Vertreter der »reinen« Lehre: »Imp (+ Sowj. Soz): was – auch in der leisesten Tendenz – nicht imp. bzw. soz. ist, muß vernichtet werden und wird gehaßt.«<sup>107</sup>

Mit dem »unreinen Sozialismus«, Ulbrichts Testament, stellt sich erneut die Frage nach der Rolle des Staats. Schon immer ist es eine Grundüberzeugung von PH, daß der Sozialismus zur Organisation seiner Wirtschaft einen starken und klugen Staat braucht, und zwar einen Staat, in dem zwischen Spezialistenklasse und Apparatenklasse ein Gleichgewicht hergestellt ist. Durch die Erfahrungen seines DDR-Lebens sowie durch die Restauration des Kapitalismus findet er sich in seiner Überzeugung nur noch bestärkt. Im Sozialismus sind wesentliche Triebkräfte weggefallen, über die der Kapitalismus zur Steigerung der Produktivität verfügt: der Druck auf die Unternehmer, bei Strafe des Untergangs ständig den Profit zu erhöhen, sowie der Druck

auf die Arbeiterklasse durch drohende Arbeitslosigkeit und den Akkordlohn. Durch den Wegfall dieser Triebkräfte habe sich im Sozialismus eine Neigung zur Faulheit entwickeln können. Es sei jetzt die Aufgabe des Staates, diese Neigung wirkungsvoll zu bekämpfen: »Der Soz interessiert sich weder für Profit noch für Gütererzeugung. Soz ist seinem Wesen nach faul. Versuche des Staats, die soz. Produktion zur Duldung der Einführung einer künstlichen Konkurrenz zu überreden, gelingen oft, oft nicht. Der Soz produziert nur bei starkem Staat, nur gut bei einem geschickten Staat. | Bei dummem Staat – Breshnew – hat die soz. Industrie 2 Neigungen: Nichts zu tun und sich herzlich nach Wiedereinführung des Kapitalismus zu sehnen.«<sup>108</sup> PH sieht die Notwendigkeit eines starken Staats noch dadurch erhöht, daß die von der Vergesellschaftung erwartete grundsätzliche Änderung des Menschen zumindest bisher in der Praxis nicht wahrzunehmen ist. In den »Grundsätzen des Kommunismus« von 1847 antwortet Engels auf die Frage »Was werden die Folgen der schließlichen Beseitigung des Privateigentums sein?« unter anderem: »ebenso wird der gemeinsame Betrieb der Produktion durch die Gesellschaft und die daraus folgende neue Entwicklung der Produktion ganz andere Menschen bedürfen und auch erzeugen.«<sup>109</sup> PH leugnet nicht die Veränderung von Einstellungen und Verhaltensweisen der Menschen unter den gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR. In einer entscheidenden Eigenart menschlichen Verhaltens, in der Neigung, der größeren Anstrengung Bequemlichkeit vorzuziehen, kann er jedoch keine grundlegende Veränderung feststellen: »Der Mensch im Zustand der freien Wahl zieht nicht das höhere Gut vor, sondern das minder Anstrengende. Nicht den größeren Vorteil, sondern den unmittelbareren. Seine Hauptgabe: sich zu schonen. Die gefährlichsten anti soz. Ratschläge gibt uns unser menschliches Herz. [...] – Ist das Volk faul? – Ich sage nicht, daß das Volk ablehnt zu arbeiten. Aber wenn ein Mensch aus dem Volk zu entscheiden hat, welche von zwei Arbeiten er anfassen soll, eine, die angenehm zu tun ist, oder eine, die notwendig getan sein muß, dann wird er sich unweigerlich für die angenehme, (nicht für die notwendige), entscheiden.«<sup>110</sup> PH zieht daraus den

Schluß, daß allein von moralischen Appellen an das sozialistische Bewußtsein die erforderlichen Leistungssteigerungen nicht zu erwarten sind. In einem künftigen Sozialismus werde der Staat in der Wirtschaft nicht auf Befehlen und bei Nichtbeachtung auf Bestrafen verzichten können: »Zu etwas Anstrengung kann man die Menschen nicht aufrufen, man muß sie ihnen befehlen. Pünktlichkeit lernten die russ. Bauern, als sie in die Fabriken sollten, von Maschinengewehren.«<sup>111</sup> Druck und Bestrafung im einzelnen so zu gestalten, daß es zu keinem Rückfall ins Zwangssystem des Kapitalismus kommt und die vom Sozialismus zu fordernde humane »Gesittung« nicht auf der Strecke bleibt, wird sich zweifellos als sehr schwierig erweisen. Doch wird man sich dieser Aufgabe stellen müssen.

Schon am 13. November 1988 schrieb PH in einem Brief an seinen Freund André Müller sen.: »Die Voraussetzung, die Geschichte folge bei vergesellschaftetem Eigentum grundsätzlich andersartigen Gesetzmäßigkeiten, hat bisher überhaupt keine Bestätigung im Beobachtbaren. Vermutlich ist sie falsch.«<sup>112</sup> Die Niederlage des Sozialismus wenige Zeit später zwingt zu der Erkenntnis, daß die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zwar einen großen gesellschaftlichen Fortschritt ermöglicht, aber nicht zu »grundsätzlich andersartigen« Weisen der Produktion und Konsumtion geführt hat. Aus dieser bitteren Erkenntnis leitet PH nicht die Notwendigkeit ab, auf Vergesellschaftung überhaupt als zentrale Voraussetzung für Sozialismus zu verzichten. Allein übersteigerte romantische Erwartungen an die Vergesellschaftung, die auf »grundsätzlich andersartige Gesetzmäßigkeiten« setzen, müßten preisgegeben werden. PH hält am gesellschaftlichen Eigentum an den großen Produktionsmitteln fest, weil das die Möglichkeit eröffne, zwar nicht grundsätzlich anders, aber doch besser als im Kapitalismus zu arbeiten und zu leben. Da PH davon überzeugt ist, besteht für ihn kein Zweifel, daß im Interesse der Menschheit ein neuer Sozialismus mit gesellschaftlichem Eigentum erkämpft werden muß.

Heinz Hamm

## Anmerkungen

- 1 Notiz aus dem Nachlaß.
- 2 Der Vergleich zwischen dem Sozialismus als einem »sauren Apfel« und dem Kapitalismus als einem »etwas verfaulten« wird erstmals gebraucht im Hamburger Streitgespräch deutscher Autoren aus Ost und West im April 1961. Siehe S. 75 in dieser Ausgabe. – Später wird er mehrfach wiederholt.
- 3 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang. Unter Redaktion einer Kommission des ZK der KPdSU (B). Gebilligt vom ZK der KPdSU 1938. Deutsche Übersetzung: Berlin 1951.
- 4 Das von einem sowjetischen Autorenkollektiv unter der Leitung von O. W. Kuusinen verfaßte allgemeinverständliche Lehrbuch erschien 1960 in Moskau und wurde sogleich auch ins Deutsche übersetzt. In einer zweiten überarbeiteten und ergänzten Ausgabe von 1962, der 1963 wiederum sogleich die deutsche Übersetzung folgte, war das Lehrbuch in der DDR die sechziger Jahre hindurch das Standardwerk.
- 5 Die Bücherliste wurde angefertigt für die Übersiedlung in die DDR zur Vorlage beim Amt für Volksbildung am 19. Juni 1955.
- 6 S. 75 i. d. B.
- 7 BD 3, 210.
- 8 S. 104 i. d. B.
- 9 S. 176 i. d. B.
- 10 MEGA 1–27, 455.
- 11 MEW 19, 104.
- 12 LW 18, 576.
- 13 Vgl. Ronald Weber: Peter Hacks, Heiner Müller und das antagonistische Drama des Sozialismus. Ein Streit im literarischen Feld der DDR. Berlin/Boston 2015, S. 79–87; und das Themenheft 6 der Zeitschrift *Argos*.
- 14 Referat auf der wissenschaftlichen Session »100 Jahre ›Das Kapital‹ vom 12. und 13. September 1967 – Walter Ulbricht: Die Bedeutung des Werkes »Das Kapital« von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland. In: Neues Deutschland. Ausgabe A Berlin v. 14. September 1967, S. 5. Wieder als Broschüre: Berlin 1968, S. 38. Wieder in: Ders.: Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR. Bd. 2. Berlin 1968, S. 530 f.

- 15 Referat auf der wissenschaftlichen Session »150. Geburtstag von Karl Marx« vom 2. bis 4. Mai 1968 – Walter Ulbricht: Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit. In: Neues Deutschland. Ausgabe A Berlin v. 4. Mai 1968, S. 5. Wieder als Broschüre: Berlin 1968, S. 29. – Im Hacks-Nachlaß befinden sich vollständige Konspunkte beider Referate, in denen die zitierten Kernsätze dick unterstrichen und am Rand dreifach angestrichen sind.
- 16 Ulbricht: Die Bedeutung. a. a. O., S. 38.
- 17 Dokumente zur Deutschlandpolitik. VI. Reihe / Bd. I. München 2002, S. 672. – Wir haben Kenntnis von diesem Vieraugen-Gespräch in Ulbrichts Datsche durch eine Schilderung von Breshnew in einem Einzelgespräch mit Honecker am 28. Juli 1970 in einem Sanatorium bei Moskau, das Honecker in jetzt zugänglichen handschriftlichen Notizen aufgezeichnet hat. – Zum Vorgang 1964 s. auch S. 417 i. d. B.
- 18 Kurt Hager: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Aufgaben der Gesellschaftswissenschaftler nach dem VIII. Parteitag der SED. Referat auf der Tagung der Gesellschaftswissenschaftler am 14. Oktober 1971 in Berlin. Berlin 1971, S. 31 f.
- 19 Nickel, S. 392. – Der Kommentar vermerkt dazu: »Walter Ulbricht hielt das Hauptreferat [...], aus dem das *Neue Deutschland* (Berlin) am 3. 5. 1968 Auszüge abdruckte.« (ebd., S. 843) – Es fehlt der Hinweis, daß in der Folgenummer vom 4. Mai 1968 das Referat im vollen Wortlaut zum Abdruck kam. PH konnte also das ganze Referat lesen, nicht nur Auszüge.
- 20 S. 155 i. d. B.
- 21 S. 327 i. d. B.
- 22 Vgl. zum Begriff des Ideals bei PH die grundlegenden Ausführungen in: Felix Bartels: Leistung und Demokratie. Genie und Gesellschaft im Werk von Peter Hacks. Mainz 2010, S. 98 ff.
- 23 S. 113 i. d. B.
- 24 S. 125 f. i. d. B.
- 25 PH an André Müller sen. am 13. November 1988.
- 26 Karl Marx / Friedrich Engels: [Feuerbach und Geschichte. Entwurf und Notizen]. [Vorabdruck von MEGA I–5 *Die deutsche Ideologie*]. In: Marx-Engels-Jahrbuch 2003. Berlin 2004, S. 20 f.
- 27 MEGA I–27, 388.
- 28 S. 170 i. d. B.
- 29 S. 173 i. d. B.
- 30 MEGA I–27, 453.
- 31 MEGA I–27, 455.
- 32 S. 174 i. d. B.
- 33 GmH, 62.

- 34 AEV, 129 f.  
35 AEV, 137.  
36 Walter Ulbricht: Referat auf der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED am 16. Dezember 1965. In: Ders.: Zum ökonomischen System des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. 1. Berlin 1968, S. 669.  
37 AEV, 137.  
38 S. 109 f. i. d. B.  
39 Bartels: Leistung und Demokratie. a. a. O., S. 19.  
40 Diskussionsbeitrag von PH auf der Sitzung der Sektion Literatur und Sprachpflege am 24. April 1985. In: Mitteilungen. Akademie der Künste der Deutschen Demokratischen Republik. 1988 Nr. 4 (Juli/August), S. 13.  
41 BD 3, 214.  
42 HW 13, 88.  
43 S. 92 i. d. B.  
44 PH an ZK der SED, Kulturabteilung, vom 6. April 1968: PH verwarft sich in diesem Brief gegen die von der SED-Kreisleitung Prenzlauer Berg ausgestreute Meldung, er habe vom vorbildlichen Optimismus der Prager und Pekinger Jugend gesprochen, und legt eine Kopie seiner Antwort auf die Frage Nr. 6 bei.  
45 S. 98 f. i. d. B.  
46 GmH, 58.  
47 GmH, 44.  
48 GmH, 62 f.  
49 GmH, 68.  
50 GmH, 64.  
51 GmH, 158.  
52 Walter Ulbricht: Die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf um ein friedliches und glückliches Leben des deutschen Volkes. Referat auf der 25. Tagung des ZK der SED am 24. Oktober 1955. Berlin 1955, S. 47 f.  
53 Niederschrift Krolikowskis: Zur Lage in der DDR, o. D. [16. Juni 1982]. In: SAPMO, DY 30/ 25 759.  
54 Akademiegespräch vom 17. April 1977: Zur Theorie der Klassik. BD 2, 300.  
55 BD 2, 317.  
56 S. 146 i. d. B.  
57 GmH, 306.  
58 Nickel, 598.  
59 GmH, 324.  
60 GmH, 334.

- 61 GmH, 332.
- 62 GmH, 337.
- 63 Sarah Wagenknecht an PH vom 30. Juni 1993. In: Typoskript des unveröffentlichten Briefwechsels, S. 99.
- 64 GmH, 337.
- 65 Vgl. dazu die Dokumente S. 417–424 i. d. B.
- 66 Sarah Wagenknecht an PH vom 2. Oktober 1994, a. a. O., S. 68.
- 67 Im Nachlaß befinden sich zwei Mappen zum »Ulbricht-Drama« mit Vorarbeiten, Notizen und Materialien, dabei auch die Wagenknecht-Sammlung mit der Aufschrift »Die Walter-Ulbricht-Story«.
- 68 S. 184–199 i. d. B.
- 69 S. 203–218 i. d. B.
- 70 S. 219–241 i. d. B.
- 71 S. 242–267 i. d. B.
- 72 S. 270–307 i. d. B.
- 73 S. 366–375 i. d. B.
- 74 Veröffentlicht in: AEV, 109–198.
- 75 Als Andeutung ist vielleicht die völlig unvermittelte Frage in einem Brief an André Thiele vom 31. Dezember 2002 zu verstehen: »Würden Sie mir zu einem Titel wie ›Fragen des Leninismus‹ raten?« (Bartels, 358). – Auf das Vorhaben verweist wohl auch ein Brief an Hans Heinz Holz vom 22. Februar 2003: »Wenn man seine Gesammelten Werke vom Hals hat, muß man dann immer noch was schreiben? – Mir ist aufgefallen, daß [...] Ulbricht eine Bereicherung Stalins darstellt, und daß sein Hauptverdienst und Gipfel in eine Theorie des Sozialismus mündet, welche bis heute völlig unerwähnt herumliegt. Natürlich wäre das ein netter Stoff für den ersten Supplementband.« (Schölzel, 81).
- 76 S. 383 i. d. B.
- 77 S. 219 i. d. B.
- 78 S. 385–400 i. d. B.
- 79 S. 279–286 i. d. B.
- 80 S. 464 i. d. B.
- 81 S. 390 i. d. B.
- 82 S. 98f. i. d. B.
- 83 S. 397–413 i. d. B.
- 84 S. 463–473 i. d. B.
- 85 S. 473 i. d. B.
- 86 PH an Stephan Eggerdinger am 15. November 2002. Unveröffentlicht.
- 87 S. 451 i. d. B.
- 88 S. 454–458 i. d. B.
- 89 S. 454f. i. d. B.

- 90 S. 451–459 i. d. B.
- 91 Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR. Berlin 1969, S. 89f.
- 92 GmH, 333.
- 93 S. 459 i. d. B.
- 94 S. 474f. i. d. B.
- 95 S. 444 i. d. B. und unveröffentlicht im DLA Marbach.
- 96 Walter Ulbricht: Diskussionsrede auf der Bezirksdelegiertenkonferenz in Leipzig am 14. Dezember 1962. In: Neues Deutschland vom 15. Dezember 1962, S. 3.
- 97 S. 444 i. d. B.
- 98 S. 484 i. d. B.
- 99 S. 475 i. d. B.
- 100 S. 474 i. d. B.
- 101 MEGA I–27, 455.
- 102 MEGA II–13, 309.
- 103 Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Berlin 1913. Wieder in: Dies.: Gesammelte Werke. Bd. 5. Berlin 1975.
- 104 S. 478 i. d. B.
- 105 S. 445 i. d. B.
- 106 S. 444 i. d. B.
- 107 S. 478f. i. d. B. – Zum »unreinen Sozialismus« vgl. Heinz Hamm: Walter Ulbricht und sein Entwurf eines Sozialismus von neuem Typus. Hacks' spätes Nachdenken über die Ökonomie des Sozialismus. In: »Reiche Gleichheit«. Ökonomie bei Hacks. Siebte wissenschaftliche Tagung der Peter-Hacks-Gesellschaft. Hrsg. von Kai Köhler. Berlin 2015, S. 116–130.
- 108 S. 478 i. d. B.
- 109 MEW 4, 376.
- 110 S. 454 i. d. B. und unveröffentlicht im DLA Marbach.
- 111 Unveröffentlicht im DLA Marbach.
- 112 PH an André Müller sen. am 13. 11. 1988.